Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Der Abonnementspreis beträgt b. Lieferung durch Boten frei Haus für die Woche vom 3. bis 9. Febr. 5 Goldpfg.
Einzelverkaufspreis: 10 Goldpfennige.
Redaktion: Johannisstraße 46.
Fernruf { 905 nur Redaktion. 926 nur Geschäftsstelle.

Anzeigengebühr für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Goldpfennige, auswärtige 25 Goldpfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Goldpfennige, Reklamen 80 Goldpfennige.
Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.
Fernruf { 926 nur Geschäftsstelle 905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 30. Dienstag, 5. Februar 1924. 31. Jahrgang.

Die Kapitalverschiebung nach dem Ausland.

Dr. L. Lübeck, 5. Februar.

Die Tatsache, daß in den letzten Jahren Milliardenbeträge deutschen Kapitals nach dem Auslande verschoben wurden, wagt man auf bürgerlicher Seite nicht zu bestreiten. Zu klar liegt diese Tatsache doch vor aller Augen!

Aber man redet sich aus: Deutschland habe vor dem Kriege viele Milliarden Mark Auslandsguthaben gehabt. Das sei allgemein als ein finanzpolitisch sehr günstiger Umstand gewertet worden. Denn selbstverständlich hätten diese Guthaben der deutschen Volkswirtschaft einen erheblichen Ertrag abgeworfen. Und eben dieser Ertrag sei es gewesen, der uns vor dem Kriege einen erheblichen Teil unserer Rohstoff- und Lebensmitteleinfuhr bezahlte.

Eine Beweisführung, die manchen bestechen mag. Die aber in all ihren Schlußfolgerungen falsch ist, weil ihre Voraussetzungen falsch sind.

Wie sind unsere Auslandsguthaben der Vorkriegszeit entstanden? Die Arbeit des deutschen Volkes warf so große Erträge ab, daß damit — kapitalistisch gesehen — nicht nur die Bedürfnisse des Reiches und des Volkes und außerdem der Kapitalbedarf der Industrie und der Landwirtschaft befriedigt werden konnten. Es blieb sogar noch ein Ueberschuß. Und diesen Ueberschuß der deutschen Arbeit schickte man Jahr für Jahr kapitalarmen Ländern. Selbstverständlich schickten wir ihn nicht in blinkendem Gold oder in knisterndem Papiergeld, sondern in Form von Krediten aller Art. In Krediten, die den betreffenden Ländern den Bezug unserer Waren ermöglichte.

In der Tat stellten wir dem Auslande den Warenüberschuß unserer Produktion zur Verfügung, wofür es unser Schuldner wurde.

Wie aber ging die Kapitalverschiebung der Nachkriegszeit vor sich?

Deutschland hatte keinen Warenüberschuß; die vorhandenen Bestände reichten weder für die Bedürfnisse des Reiches noch des Volkes aus; der deutsche Kapitalbedarf war zu keiner Zeit seit dem Kriege gedeckt. Alle Voraussetzungen für eine Kapitalausfuhr fehlten also. Keine der Vorbedingungen für eine wirtschaftliche Kapitalverschiebung nach dem Auslande war gegeben. Und trotzdem wanderten Milliarden und Milliarden nach Holland, Dänemark, Schweiz, Südamerika, Hinterindien usw.

Wie konnte das geschehen? Die Herren Spekulanten machten infolge der Geldentwertung riesenhafte Spekulationsgewinne. Diese Gewinne waren also in keiner Form ein Arbeitsüberschuß; sondern waren Teile des deutschen Kapitals oder des deutschen Volksvermögens selbst. Zum Beispiel die riesenhaften Summen, die infolge der Geldentwertung dem Mittelstand und den kleinen Sparern geraubt wurden und schäumend in die Taschen der Schieber flossen. Die Herren Schieber aber, die großen und die kleinen, wollten diese Summen in Sicherheit bringen. In Sicherheit vor dem Steuerzugriff des Reiches, in Sicherheit auch vor jeder weiteren Geldentwertung. Sie verschoben sie deshalb in jeder möglichen Form nach dem Auslande. Ganz riesenhafte Beträge unseres Volksvermögens wanderten so in die weite Welt. Deutschland aber verarmte von Tag zu Tag mehr; unsere Reichsfinanzen blieben in dem Irrsinn der Ausgaben ohne Einnahmen stecken.

Dazu kommt noch ein anderes. Große Teile dieser verschobenen Vermögen sind im Auslande nicht einmal werbend angelegt. Sie werfen also gar keine Erträge ab. Sie liegen einfach in den Tresors der holländischen, englischen Banken usw. Als Sicherheit für alle Fälle für ihre patriotischen deutschen Besitzer. Die Zinsen der Beträge aber, die als Bankguthaben geführt werden, bleiben beinahe ausnahmslos im Auslande liegen und stärken die Kapitalkraft des Auslandes. Nicht aber die deutsche!

Mit diesen Auslandsguthaben oder ihren Erträgnissen hat man beileibe nicht unsere Rohstoff- oder Lebensmitteleinfuhr bezahlt: Diese Dinge mußten wir mit unserem Reichsbankgold oder mit deutschem Papiergeld bezahlen.

Zu den Verschiebungen unseres Geldes durch die Spekulanten und Schieber kam also noch die Papierflut, die wir für Lebensmittel und Rohstoffe nach dem Ausland leiten mußten, hinzu. Wie das Blut aus dem verwundeten Körper, so strömte fortwährend unsere ökonomische Wirtschaftskraft in alle Welt hinaus. Bis wir so matt und krank waren, wie wir es heute sind.

Gibt es bei sachlicher Würdigung der wirtschaftlichen Zusammenhänge noch irgend eine Entschuldigung für diese Kapitalverschiebungen? Nein! Wenn die kapitalistischen Parteien, wenn die Wirtschaftsgemeinschaft trotzdem das landesverräterische Treiben ihrer obersten Herren Kapitalverschieber entschuldigen will, so sind das nur verlogene Ausreden — Ausreden — Ausreden.

An dem Beispiel des Herrn Stinnes werden wir in einem folgenden Artikel die wirtschaftszerstörenden Wirkungen der sogenannten „Auslandsguthaben" der Nachkriegszeit im einzelnen beweisen. Und auch das ewige Geschrei von dem „Aufbau" wird daran nicht das geringste ändern. Das deutsche Volk hat stärkste Ursache, auf der Hut zu sein. Sonst wird ihm in den nächsten Jahren außer dem Hemd noch die Haut abgezogen!

Nationale Opposition.

C. G. Lübeck, 5. Februar 1924.

Die innere Lage Deutschlands wäre angesichts der politischen Unreife des deutschen Bürgertums nach dem Weltkriege in jedem Falle schwierig gewesen — auch bei anderem Ausgang des Krieges. Die Rückwirkung der Niederlage und des drückenden Friedensvertrages hat die aus der Unreife des Bürgertums entspringenden Verwirrungstendenzen gewaltig verstärkt. Es ist klar, und es ist notwendig, daß der Druck, der von außen auf Deutschland ausgeübt wird, eine Reaktion des Nationalgefühls hervorruft. Es ist verständlich, daß die Gegenwirkung des beleidigten Nationalgefühls im deutschen politischen Leben und in der Parteibildung in Deutschland zum Ausdruck kommt. Jene, die im politischen Leben ihrem Gefühl und Temperament folgen und die vernünftige Ueberlegung zurücktreten lassen, werden leicht den Parteien folgen, die auf ihre Fahne geschrieben haben: nationale Opposition.

Der Politiker aber, der sich verantwortlich fühlt für das fernere Geschick seines Landes und seines Volkes, muß der vernünftigen Ueberlegung ihr Recht geben. Er muß mit den Tatsachen rechnen. Er muß fordern, daß die politischen Worte und Taten der nationalen Opposition nicht die Interessen des Volkes und des Staates gefährden. Das aber ist gerade die Wirkung der Politik der Parteien der „nationalen Opposition" in Deutschland. Nicht nur, daß sie das Volk zerreißen, sie gefährden auch den Staat. Denn ihre „nationale Opposition" spricht zwar wohl noch vom äußeren Druck. Ihr ganzer Tatendrang aber, der sich nach außen nicht betätigen kann, bewegt sich auf der Linie des geringsten Widerstandes — gegen Deutsche und gegen den deutschen Staat.

Kurz vor seiner Ermordung hat Walter Rathenau in einer Unterredung mit Helfferich — die dieser selbst in einer Reichstagsrede andeutete — die relative Berechtigung einer nationalen Opposition anerkannt. Denn er war selbst ein glühender Patriot. Aber gerade in diesen beiden Personen verkörpert sich der Gegensatz zwischen der berechtigten und ihrer Verantwortung bewußten nationalen Opposition und der verantwortungslosen. Die nationale Opposition Helfferichs führte praktisch zum Schlusse: solange an uns Reparationsforderungen gestellt werden, solange bewilligen wir dem Staate keine Steuern, solange ist es zwecklos, an einer deutschen Steuer- und Finanzreform zu arbeiten. Je schärfer Helfferich in seinen politischen Reden und in seiner parlamentarischen Tätigkeit diese These herausarbeitete, umso größer wurde der Kreis derer, die dieser These folgten. Denn allen, die aus eingeborener Steuerscheu, aus jener privatwirtschaftlichen Stupidität heraus, die die Zusammenhänge zwischen der Staatswirtschaft und der Privatwirtschaft einfach übersieht, aus reiner Profitsucht und aus Haß gegen die Republik sich von gerechten Leistungen für den Staat drückten, wurde die These Helfferichs die willkommene Begründung für ihre Steuerscheu.

So war die Wirkung der von Helfferich geführten „nationalen Opposition", daß sie die Saboteure des deutschen Finanz- und Währungssystems „ehrlich" machte. Die Kreise, die den Vorteil zogen vom Zerfall der deutschen Finanzen und vom Fortschreiten der Geldentwertung in Deutschland, fühlten sich nicht nur ermutigt, sondern behaupteten nun kühn: die Steuersabotage und die Spekulation gegen die Mark sei patriotische Tat. Das „bereichert euch!" wurde allgemeine Parole bei ihnen, und die nationale Opposition gab dieser Bereicherung, die die Ausplünderung der breitesten Volksschichten, der Arbeiter, der Beamten und Angestellten, der Handwerker, der geistigen Arbeiter, der Rentner, des gesamten Mittelstandes bedeutete, ihren Segen und die schamlos verlogene Ausrede: damit der Feind nichts erhält! Die Folge war die Verelendung des Volkes und der Bankrott des Staates. Die „nationale Opposition" richtete Volk und Staat zugrunde.

Ganz anders Rathenau. Dieser glühende Patriot, der sein Volk liebte, stellte die Interessen der Gesamtheit höher als alle privaten Wirtschaftsinteressen. Er wußte, daß nationale Gesinnung, die stark und eindrucksvoll nach außen wirken will, ihre Echtheit zunächst beweisen muß durch innere Opferwilligkeit. Das aber: die Bereitschaft zu inneren Opfern, und sein beredtes Werben um Frieden und Verständigung nach außen, zog ihm den Haß der „nationalen Opposition" zu, deren extremste Vertreter ihn meuchlings ermordeten.

Hier ist der andere Punkt, an dem sich die Gefährlichkeit der „nationalen Opposition" erweist, wie sie bei den Deutsch-Völkischen und den neuesten extremsten Rechtsgruppen ähnlichen Schlages verstanden wird. Für sie ist „nationale Opposition" die Ermordung des anders denkenden Deutschen, die gewaltsame Niederhaltung aller, die sich nicht wie sie irrem Kriegswahn hingeben. Für sie ist „national" das Schlagwort, hinter dem sie ihre reaktionäre und brutale Gesinnung, ihre politische Unkultur, ihre Mordhetze verstecken. Ihr Treiben erweckt bei den für den Frieden arbeitenden Kräften im Ausland den Eindruck, daß man in

Worum es geht.

Von Curt Geyer.

Lübeck, 5. Februar.

Herr Dr. Bauer widmet meiner Person einen Leitartikel im Lübecker Generalanzeiger. Ich würde nicht darauf antworten, wenn er nicht am Schlusse eine unrichtige Folgerung über die **sozialdemokratische Bewegung in Lübeck** gezogen hätte. Den persönlichen Kampf überlasse ich denen, die sachlich nichts zu sagen wissen — den Herren vom Lübecker Generalanzeiger.

Ich habe in dem von ihm zitierten Buche: „Der Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung" — das er zu seinem Vorteil inzwischen sich beschafft und gelesen hat — die politischen Erfahrungen von 1914 bis 1921 wissenschaftlich untersucht und die Konsequenzen daraus gezogen. Die Konsequenz heißt: nicht Dogma sondern Realismus, nicht Worte, sondern Arbeit in der Gegenwart für den Fortschritt. Dazu aber gehört, daß man die Kräfte, die guten Willens sind, zum Aufbau sammelt, und daß man die Kräfte bricht, die sich dem fortschrittlichen Aufbau in den Weg stellen. Und das letztere, Herr Dr. Bauer, sind die Kreise in Lübeck, die Sie vertreten!

Im Geiste dieser Kreise behaupten Sie, die Sozialdemokratie bearbeite die Lübecker Arbeiter im Sinne des „von mir selber verurteilten Radikalismus", und mit meiner Hilfe. Sie irren, Sie wiederholen nur das Schlagwort vom „zerstörenden Radikalismus" aus den Wahlaufrufen der Wirtschaftsgemeinschaft. Die Sozialdemokratie kämpft in Lübeck um freies Feld für aufbauende Arbeit. Sie wehrt sich gegen die, die sie ausschalten wollen. Sie führt den Wahlkampf gegen jene beschränkte Kurzsichtigkeit, die immer noch nicht einsieht, daß es ohne sozialistische Mitarbeit, daß es ohne **notwendige Konzessionen des Bürgertums** an die Arbeiterschaft in Deutschland keinen Aufbau in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht gibt. Das nennen Sie „zerstörenden Radikalismus"!

Sehen Sie denn nicht, daß Sie es gerade sind, die unter der Flagge der Wirtschaftsgemeinschaft, die von „Aufbau" nur redet, zerstörenden Radikalismus betreiben? Jenen starren, kurzsichtigen Radikalismus, der die sozialen Tatsachen in Deutschland von rechts her eben so dogmatisch und falsch sieht, wie die kommunistischen von links? Wir vertreten Ihnen gegenüber den nüchternen Tatsachensinn, und die von großen Ideen geleitete, aber in der Praxis den Boden der Wirklichkeit nicht verlassende Politik, die Sie an englischen Politikern schätzen, die sie aber in ihrer deutschen politischen Praxis beiseite schieben. Wie könnten Sie sich sonst der Illusion hingeben, man könne die sozialistische Bewegung in Deutschland rückläufig machen!

Aber Sie brauchen das Schlagwort vom „zerstörenden Radikalismus". Denn dahinter verbergen sich die wahren Absichten der Wirtschaftsgemeinschaft. Dahinter verbirgt sich der Wille, die **Sozialdemokratie auszuschalten und politisch an die Wand zu drücken.** Darum geht es in Lübeck — und das erklärt den unsachlichen, persönlichen und haßerfüllten Kampf des Generalanzeigers.

Aus der Sachverständigenkommission.

Die Sachverständigenkommission unter dem Vorsitz des amerikanischen General Dawes hat am Montag mit dem Reichsfinanzministerium Fühlung genommen, um die Beratungen über den neuen Reichsetat zu beginnen. Der zweite Ausschuß unter dem Vorsitz Mac Kennas setzte die Prüfung des statistischen Materials der Banken fort.

Der Währungsausschuß wird am Dienstag vormittag den Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht und den Reichsfinanzminister Dr. Luther vernehmen, während der Budget-Ausschuß den Staatssekretär Fischer von der Kriegslastenkommission und Staatssekretär Schröder vom Reichsfinanzministerium hören wird.

Die Krise im Westen.

Ein Drittel der Arbeiter entlassen!

Bochum, 4. Februar. (Eig. Drathb.) Die Kündigungs- und Entlassungsaktion des Ruhrbergbaues ist in vollem Gange. Die Zechenbesitzer haben bekanntlich beschlossen, rund 30 Prozent der Gesamtbelegschaft auch dann nicht wieder einzustellen, wenn der Betrieb voll aufgenommen werden sollte. Die Entlassungen erfolgen im Augenblick und erhöhen die Schwierigkeiten, mit denen das Ruhrgebiet ohnedies zu kämpfen hat. Die Zahl der Feierschichten derer, die in Arbeit stehen, hat noch keine Abschwächung erfahren. Einige Schachtanlagen, die bisher völlig still lagen, sind jedoch wieder in Betrieb genommen worden, da sie, wie die zum Stinneskonzern gehörigen Dannenbaumschächte, zu ersaufen drohten. Die Aufnahme von Arbeitern erfolgt aber nur so weit, als es zur Verhinderung des völligen Zusammenbruchs der Anlage unbedingt notwendig ist. Die Abwanderung der Arbeiter aus dem Ruhrgebiet hält infolgedessen an. Man schätzt die Zahl der Arbeitslosen, die seit dem Herbst aus dem Ruhrgebiet abgewandert sind, auf nicht weniger als 52 000 Personen.

Soll Deutschland leben —
oder das Großkapital?

„Deutschland muß leben!"

Deshalb: **Wählt Liste Ehlers!**

Wollt Ihr die Diktatur der Herren vom Großkapital?

Nein! Wir wollen Arbeit und Brot!

Wir wählen: Liste Gustav Ehlers.

Deutschland selbst den Frieden nicht wolle. Statt einer Erleichterung unserer außenpolitischen Lage bringt diese Bewegung Deutschland nur neue Komplikationen.

Eine wahrhaft nationale Bewegung in Deutschland muß von Verantwortung gegenüber dem eigenen Volke und Staate getragen sein. Sie muß alle Interessen des einzelnen, auch die Interessen der privaten Wirtschaft, hinter die Sorge um das Gemeinwohl zurückstellen. Sie muß nach innen fortschrittliche und demokratische Gesinnung zeigen zur Befreiung und Stärkung der politischen Kräfte des Volkes; sie muß soziale Gesinnung beweisen nach innen und nicht einen großen Teil des Volkes beiseite schieben; sie muß zu jedem Opfer für die Erhaltung und Stärkung des Staates bereit sein. Wo ist die bürgerliche Partei in Deutschland, die diese Voraussetzungen erfüllte? Auf allen Gebieten — staatspolitisch, kulturpolitisch, finanzpolitisch — haben in den letzten Jahren alle bürgerlichen Parteien mehr oder weniger gegen diese Gesichtspunkte verstoßen. Wenn in Deutschland eine Partei ist, die für sich in Anspruch nehmen kann, daß sie der Erfüllung dieser Voraussetzungen am nächsten kommt, so ist es die deutsche Sozialdemokratie.

Die Parteien aber, die sich stolz selbst „nationale Opposition" nennen, die treiben in Wahrheit Opposition gegen die Nation. Gegen ihren Willen zum freiheitlichen und kulturellen Aufstieg, gegen ihr Ideal sozialer Gerechtigkeit, gegen ihren Willen zur Festigung des Staates. Wenn es bei den bevorstehenden Entscheidungen in Deutschland dem Machtwillen des rechten Flügels des deutschen Bürgertums gelingen sollte, die Sozialdemokratie abzudrängen, von der verantwortlichen Teilnahme an der Leitung der Geschicke Deutschlands, so wird die sozialdemokratische Opposition wahrhaft nationale Opposition sein: für das Wohl und die Zukunft des Volkes und des Staates.

Ein treuer Diener seines Herrn!

Kurz nach Beginn des Weltkrieges gab der „Simplizissimus" eine Sondernummer heraus. Titelbild: Eine riesige schmutzige Wanze. Ueberschrift: Der erste serbische Ueberläufer.

Für das stolze serbische Volk eine üble Beleidigung. Für die Ueberläufer aller Zeiten und aller Parteien aber eine treffliche Charakteristik.

Bemerkenswert ist, daß die bürgerliche Wahlpropaganda den wackeligen Bau ihres windschiefen Kartenhauses fast ausschließlich auf dem schlangengleichen Geist solcher Ueberläufer errichtet. Winnig, Lensch, Francke, Haase-Lampe. Besonders dieser letzte gibt sich die erdenklichste Mühe, nachträglich zu beweisen, daß es mit seinem Hinauswurf aus der Sozialdemokratischen Partei allerhöchste Zeit war.

Er verfährt dabei merkwürdig: Vor dem Volksentscheid hat er in vielen Artikeln die Behauptung aufgestellt, daß nach einem sozialdemokratischen Sieg die bürgerlichen Parteien nicht mitarbeiten würden, und daß deshalb eine rein sozialistische Regierung kommen müsse. So oft hat er sich das selbst eingeredet, bis er es tatsächlich selbst glaubte. Und jetzt mit ruhigem Gewissen die Behauptung aufstellen mag, daß die Sozialdemokraten prinzipiell nicht abgeneigt waren, mit den Kommunisten zu regieren. Immerhin hat der merkwürdige Schlangenmensch schon eine gewisse Korrektur an sich vornehmen müssen denn vor dem Volksentscheid behauptete er ja viel mehr, da veröffentlichte er schon die Namen der kommunistisch-sozialistischen Senatsliste. Aber wenn man ein Doppelwesen hat, so kann man auch leicht die Meinung mal ein bißchen wechseln. Herr Lampe behauptet etwas, und der andere Teil sagt, mein Name ist Haase, ich weiß von nichts.

Interessant für die Arbeiterschaft wird es sein, dieses doppelnamigen Ueberläufers Rezept für die Befreiung der Arbeiterschaft kennen zu lernen: Die Arbeiterschaft muß durch die kommunistische Welle hindurch in den politischen Indifferentismus damit die Wirtschaft wieder Herr werde im eigenen Haus. Wer das nicht versteht, der wird niemals aufwachen.

Die persönlichen Wichteleien gegen uns können wir leider nicht zurückgeben, denn wir brauchen unsere Zeit dringend für sachliche Arbeit.

Die trockene Revolution in Bayern.

München, 4. Febr. (Eig. Drahtb.)

In politischen Kreisen wird allgemein davon gesprochen, daß die Einzeichnung in die Listen der Bayerischen Volkspartei betr. die beiden Volksbegehren sowohl in den Städten als auch auf dem Lande in außerordentlich schleppendem Tempo vor sich gehe, sodaß die „Gefahr" bestehe, daß bis zum 17. Februar, dem Endtermin der Einzeichnung, nicht einmal die einstweilen notwendige Stimmenzahl von 800 000 zusammenkommt. Eine Stütze findet diese Anschauung in den vielfachen Bemühungen der Bayerischen Volkspartei, nach Möglichkeit aus der Isolierung, in der sie bisher mit ihrem Volksbegehren steht, herauszukommen. Zu diesem Zweck wurden schon vor einiger Zeit Verhandlungen mit einer Reihe von politischen und wirtschaftlichen Verbänden angeknüpft, die nunmehr am Montag zu dem Ergebnis geführt haben, daß ein gemeinsamer Aufruf an das bayerische Volk zur Einzeichnung in die Listen der Bayerischen Volkspartei auffordert.

Das Bezeichnendste ist, daß jetzt auch die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei und ihre Widersacherin, die Nationalliberale Landespartei, für das Volksbegehren eintreten, nachdem sie sich anfangs vollkommen ablehnend verhalten haben. Der Grund dieser Schwenkung liegt in dem Entgegenkommen der Bayerischen Volkspartei, die ihr zweites Volksbegehren auf Aenderung der Verfassung wesentlich eingeschränkt hat. Danach hat der neue Landtag nur mehr die Aufgabe, die bayerische Verfassung in folgender Richtung zu ändern.

1. Schaffung eines mit ausreichenden Vollmachten ausgestatteten Staatspräsidenten, 2. Schaffung einer zweiten Kammer, 3. Aenderung des § 92 der jetzigen Verfassung und 4. Bestimmungen zu schaffen, die eine Erleichterung der Durchführung von Volksbegehren bringen.

Nachdem sich die Bayrische Volkspartei auf diese Begrenzung ihrer an sich viel weitergehenden Wünsche eingelassen hat, fand sich eine Reihe von Organen zur Unterstützung bereit, so daß man von einem bayrischen Verfassungs-Reformblock sprechen kann. Außer den genannten politischen Parteien gehören diesem Block u. a. an: der Bayrische Heimat- und Königsbund, der Bürgerrat München, der Bayernbund (eines gewissen Ballerstedt), der Arbeitsausschuß der deutschnationalen Industriellen in Bayern, der Bayrische Gewerbebund; ferner ist der Aufruf unterzeichnet von einer Anzahl Einzelpersönlichkeiten, darunter Escherich, Stinnes, Kuhlo, dem Syndikus der bayrischen Industriellen, Oberst Kyllander, dem bekehrten völkischen Scharfmacher von ehemals, Pechorr, dem Vorsitzenden der Münchener Handelskammer und einigen Universitätsprofessoren.

Die Effekten des Belagerungszustandes.

Auf der letzten Parteikonferenz der russischen kommunistischen Partei hielt Sinowjew, der Präsident der kommunistischen Internationale eine bedeutsame Rede über die deutschen Verhältnisse und über die Taktik der deutschen Kommunisten. Es geht daraus hervor, daß er im vergangenen Jahre die gewaltsame Revolution in Deutschland herbeifühlen wollte und es heute noch will. Wir heben aus der Rede die folgenden Stellen hervor:

„Wir nahmen an, daß die Frage unseres Eintritts in die sächsische Regierung praktisch nur unter der Bedingung aufgeworfen werden konnte, daß die Zeigner-Regierung bereit war, wirklich gegen das weiße Bayern, gegen den Faschismus zu kämpfen und einen sofortigen bewaffneten Aufstand von 50 000 bis 60 000 deutschen Arbeitern durchzuführen, um General Müller zu ignorieren. Genau so in Thüringen. So stellten wir uns unseren Eintritt in die sächsische Regierung vor."

„Durch Niederlagen prüfen wir die Arbeiterklasse langsam zu Siegen für. Wir sind überzeugt, daß die letzten Ereignisse in Polen, Deutschland und Bulgarien doch der Anfang einer neuen Welle der Weltrevolution sind, die vielleicht noch einmal zurückgeschlagen wird, um sich dann doch wieder zu erheben...."

Die unmittelbare Folge der Rede Sinowjew ist eine Antwort des deutschen Außenministers Stresemann. Gestützt auf die Rede Sinowjews rechtfertigt er das Vorgehen der Regierung in Sachsen und den Belagerungszustand. Eine ernstere Verschärfung des Kampfes um die Aufhebung des Belagerungszustandes ist nicht denkbar. Die Kommunisten mit ihrer Taktik und Sinowjew mit seinen Reden sind die besten Bundesgenossen der deutschen Reaktion.

Die andere Wirkung ist, daß die bürgerliche Presse nach einem diplomatischen Schritt der deutschen Regierung in Moskau ruft. Stärkung der Reaktion in Deutschland, Trübung der deutsch-russischen Beziehungen: das sind die glorreichen Ergebnisse kommunistischer Politik.

Protest gegen den Terror in der Pfalz.

Deutsche Note an die französische Regierung.

Berlin, 4. Februar. Der französischen Regierung wurde durch die deutsche Botschaft in Paris wegen der Zustände in der Pfalz eine weitere Note übergeben, die Note stellt die Verantwortung der französischen Regierung für die Entwicklung in der Pfalz fest, die von der deutschen Bevölkerung und der Regierung nicht länger ertragen werden kann. Sie stellt fest, daß es den separatistischen Banden, niemals gelungen wäre, in der Pfalz die Oberhand zu gewinnen, wenn sie nicht von vornherein von den französischen Besatzungsbehörden mittelbar und unmittelbar bei ihren hochverräterischen Unternehmen unterstützt wären. Die Note schließt: „Die deutsche Regierung sieht sich angesichts dieser Tatsachen, die durch keine Ablenkung aus der Welt geschafft werden kann, zu der Feststellung genötigt daß die französischen Behörden unter Nichtachtung ihrer völkerrechtlichen und vertragsmäßigen Verpflichtungen in der Pfalz Zustände herbeiführten und zuließen, die eine schwere Verletzung der Souveränität des Reiches und Bayerns in sich schließen sowie zur Vergewaltigung einer wehrlosen, friedlichen Bevölkerung von 700 000 Menschen führten.

Die deutsche Regierung ersucht die französische Regierung, den gesetz- und vertragsmäßigen Zustand in der Pfalz wiederherzustellen und zu diesem Zwecke ihre Organe vor allem anzuweisen:

1. die unter ihrer Duldung unter Mitwirkung mit Waffen ausgerüsteten Separatisten zu entwaffnen, ihre Entfernung aus den von ihnen mit Unterstützung der Besatzungsbehörden besetzten öffentlichen Gebäuden zu ermöglichen und die uneingeschränkte Wiederaufnahme der Tätigkeit der deutschen Behörden wieder zuzulassen;

2. der Rückkehr der von den Separatisten vertriebenen Einwohner keine Hindernisse in den Weg zu legen;

3. sich zukünftig jeder Einmischung in deutsche innerpolitische Verhältnisse und insbesondere jeder unmittelbaren oder mittelbaren Unterstützung aufrührerischer Elemente zu enthalten.

Die Arbeit der englischen Regierung.

London, 4 Februar. (Eig. Drahtber.)

Am Montag fand wieder eine Kabinettssitzung statt, die sich hauptsächlich mit den Fragen der Wohnungsnot und der Arbeitslosigkeit befaßte. Es wurden Pläne erörtert, die dahin gehen, jährlich 200000 neue Siedlungshäuser mit Unterstützung staatlicher Gelder zu bauen und zugleich durch ein Abkommen mit dem englischen Bauarbeiterverband bei der Verwirklichung dieses Planes der Arbeitslosigkeit zu steuern. Die Regierung plant ferner die Förderung der Produktion billiger Baustoffe.

Es wird versichert, daß, obwohl die auswärtigen Angelegenheiten nicht auf der Tagesordnung standen, auch die Frage der englisch-französischen Beziehungen in dieser Kabinettssitzung besprochen wurde, zumal kurz vorher Macdonald eine längere Konferenz mit dem englischen Botschafter in Paris, Lord Crewe, gehabt hatte, der am Vormittag aus Paris eingetroffen war. Wie verlautet, hat Crewe die Anregung Poincares überbracht, daß eine baldige Zusammenkunft der beiden Ministerpräsidenten wünschenswert wäre.

Am Montag wurden die ersten Ernennungen von Mitgliedern der Arbeiterregierung zu Lords bekanntgegeben. Es sind dies: der Staatssekretär für Indien Sydney Olivier, der Luftfahrtminister General Thomson und der Unterstaatssekretär für die Kolonien Sydney Arnold.

Macdonald und Poincare.

Veröffentlichung des Briefwechsels.

Paris, 4. Februar.

Der Briefwechsel zwischen Ramsay Macdonald und Poincare wird heute veröffentlicht. Das Schreiben Macdonalds an Poincare sagt:

„Unsere beiden Länder haben Seite an Seite solche Zeiten der Krise durchlebt und haben gemeinschaftlich solche Opfer gebracht, daß ich Ihnen in dem Augenblick, in dem ich die Regierung übernehme, einen persönlichen Brief übermitte, nicht um Sie von dem Wechsel des Ministeriums zu unterrichten, sondern auch um Ihnen meine Grüße und meine guten Wünsche zu übermitteln.

Es ist mir unangenehm, so viele unerledigte Fragen vorzufinden, die unsere Sorgen und Befürchtungen erwecken und ich versichere Sie, daß es meine tägliche Sorge sein wird, dazu mitzuhelfen, sie zu unserem gemeinsamen Nutzen zu regeln. Sie haben Ihre öffentliche Meinung, ich habe die meinige. Sie haben Ihre nationalen Interessen sicherzustellen und zu verteidigen, und ich die meinigen. Manchmal, auf den ersten Blick, könnten sie in Widerspruch miteinander zu stehen scheinen, aber ich bin sicher, daß diese Konflikte durch eine äußerste Anstrengung guten Willens geregelt werden können und daß es möglich sein wird, politische Mittel zu finden, die es Frankreich und Großbritannien gestatten werden, das freundliche Zusammenwirken untereinander aufrechtzuerhalten. Wir können offen sein und ohne Feindseligkeit die Interessen unserer Länder verteidigen. Auf diese Weise wird die Verständigung viel mehr sein als ein Wort, und Frankreich und Großbritannien können zusammengehen, um den Frieden und die Sicherheit Europas aufzurichten.

Ich bitte Sie, die Versicherung usw. Ramsay Macdonald."

Die Antwort Poincares lautet:

„Ich bin sehr gerührt von dem liebenswürdigen Briefe, mit dem Sie mir die Uebernahme Ihres Amtes mitzuteilen die Güte hatten und in dem Sie mir persönlich Ihre Grüße entboten haben. Ich wünsche von ganzem Herzen, daß Ihre Bemühungen um das Wohl Ihres Vaterlandes von Erfolg gekrönt sein werden. Die Bande, die unsere beiden Länder miteinander verknüpfen, die Sie uns ins Gedächtnis rufen, sind mit gemeinsamen Prüfungen und Opfern geschlungen worden. Die Erinnerung an jene Zeiten, dessen können Sie sicher sein, wird mir wie Ihnen unaufhörlich gegenwärtig sein. Damit habe ich bereits ausgesprochen, daß auch ich lebhaft bedauere, daß mehrere für unsere beiden Länder wichtige Fragen noch nicht geregelt sind. Wie Sie, so werde auch ich mein Möglichstes tun um sie gemeinsam mit Ihnen und zu unserem beiderseitigen Nutzen zu lösen. Wenn wir beiderseits auf unsere öffentliche Meinung Rücksicht nehmen müssen, wenn wir beide unsere nationalen Interessen zu schützen haben, so habe ich das Vertrauen, daß wir, wenn wir jeder für unseren Teil bei der Regelung der etwa auftretenden Fragen mit der Entschiedenheit und dem guten Willen, von dem sie gesprochen haben, vorgehen, diese Lösungen gelingen werden, die dazu angetan sind, zwischen Großbritannien und Frankreich die Politik der für unsere beiden Länder und für die Ruhe der Welt notwendigen Zusammenarbeit aufrechtzuerhalten. Mein Kreimut wird stets dem Ihrigen entsprechen, und wenn ich die französischen Interessen mit dem gleichen Eifer verteidigen werde wie Sie die englischen, so wird nichtsdestoweniger, dessen dürfen Sie sicher sein, niemals etwas die Herzlichkeit meiner Empfindungen beeinträchtigen. Es ist nicht möglich, daß wir, wenn wir beiderseits von derartigen Empfindungen beseelt sind, die Entente nicht wieder effektiv gestalten, und daß es uns nicht gelingt, ihr die Früchte abzugewinnen, die sie tragen kann und muß, wenn Europa endlich den Frieden, die Sicherheit und die Freiheit der Arbeit wiederfinden soll.

Empfangen Sie usw. Poincare."

Der Nachfolger Lenins.

Moskau, 4. Februar. (Russische Telegr.-Agentur.) Der Zentrale Vollzugsausschuß des Sowjetbundes hat den bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Rykow an Stelle Lenins zum Vorsitzenden des Rates gewählt. Die Unionregierung setzt sich wie folgt zusammen: Präsident des Rates der Volkskommissare: Rykow, Stellvertreter: Kamenew, gleichzeitig Vorsitzender des Rates der Arbeit und der Verteidigung, Sjurupa, gleichzeitiger Vorsitzender der Planwirtschaftskommission, ferner Orachelaschwili und Tschubar. Aeußeres: Tschitscherin, Krieg: Trotzki, Außenhandel: Krassin, Verkehr: Rudsutak, Post: Smirnow, Inspektion: Kuibyschew, Arbeit: Schmidt, Ernährung: Brjuchanow, Finanzen: Sokolnikow, Präsident des Obersten Volkswirtschaftsrates: Dscherschinski.

Alexei Iwanowitsch Rykow ist 1881 als Sohn eines Bauern geboren. Seine Hochschulbildung erhielt er auf der Universität Kasan. 1898 trat er in die Russische Sozialdemokratische Partei ein und wurde 1898 Mitglied des Ortsausschusses Kasan. 1901 wurde Rykow verhaftet und nach Saratow ausgewiesen, von der Universität wegen revolutionärer Tätigkeit ausgeschlossen, nahm er jedoch seine Tätigkeit in Saratow wieder auf. Nach der Spaltung der russischen Sozialdemokratie, 1905, schloß er sich den Bolschewiki an. 1907 wurde er wieder verhaftet und auf zwei Jahre nach Samara ausgewiesen; 1909 verhaftet und für drei Jahre nach Archangelsk ausgewiesen. Er floh ins Ausland, kehrte jedoch zur Einberufung einer Parteikonferenz zurück, wurde verhaftet und auf vier Jahre nach Sibirien verschickt. Insgesamt verbrachte er 7½ Jahre in Gefängnissen.

Mit Rykow übernimmt die Nachfolge im Vorsitz des Rates der Volkskommissare ein Mann, der auf diesem Posten keineswegs die überragende Bedeutung Lenins haben wird. Rykow ist in erster Linie Verwaltungsbeamter. Als Vorsitzender des Obersten Wirtschaftsrates hat er bereits bisher den stellvertretenden Vorsitz im Rat des Volkskommissare innegehabt. Die eigentlichen politischen Entscheidungen über die innere und äußere Politik Sowjetrußlands werden jetzt noch mehr als bisher im politischen Bureau des Zentralkomitees der KPR. fallen. Die Ernennung Rykows wird das bisherige Uebergewicht der Troika — Kamenew, Sinowjew, Stalin — in keiner Weise beeinträchtigen.

Soll das deutsche Volk verhungern?

Nein!

Wählt Liste Ehlers!

Wirtschaftspolitische Wochenschau.

Die Reichsregierung ist im Laufe der verflossenen Woche mit drei Maßnahmen an die Oeffentlichkeit getreten, die der Balanzierung des Etats dienen sollen. Die erste und für den Augenblick interessanteste und wichtigste, die Liquidation der Inflationsperiode, wird in den nächsten Wochen zweifellos der Gegenstand heftiger Erörterungen sein. Niemand wird behaupten, daß die Regierung bei Erlaß der dritten Steuernotverordnung eine glückliche Hand gehabt hat. Abzuwarten bleibt, wie Herr Luther das Problem des Geldentwertungsausgleichs bei Inanspruchnahme von Krediten, wobei die der privaten Wirtschaft gewährten Reichsbank- und Staatskredite eine besondere Rolle spielen, lösen wird. Hoffentlich vergißt er dabei nicht, die durchaus gebotene Nachlese unter jenen Gewinnen, die unsere Banken im letzten Herbst machten, als sie bei festem Wechselkurs für Leihkapital einen Zins von 30 und mehr Prozent einheimsten. Weiter empfehlen wir ihm die finanziell gut gepolsterten Versicherungskonzerne ebenso anzufassen wie die Mieterschaft. Heute kann nämlich schon gesagt werden, daß die Mieterschaft die Hauptlast der Steuernotverordnung tragen wird. Das Kabinett hat den Hausbesitzern, denen schon am 1. April 1924 ein Betrag in Höhe von 30 Proz. der Friedensmiete, also schätzungsweise 1½ bis 2 Milliarden zugeschanzt wird, eine Konzession gemacht, die auf das deutsche Preisniveau und den Export unheilvoll wirken muß, obwohl schon jetzt die Preise der Industrieartikel in einem Mißverhältnis zu den Preisen der landwirtschaftlichen Produkte stehen. Nach den Berechnungen der preußischen Hauptlandwirtschaftskammer weisen gegenüber 1913 Roggen, Kartoffeln, Ochsen- und Schweinefleisch (Lebendgewicht) einen Index von 84 bezw. 86 bezw. 68 und 98 auf, während z. B. Kohle, für die allerdings für Mitte Februar eine Preisreduzierung von 15 Proz. in Aussicht steht, oder Stabeisen, kleine Maschinen und Geräte und Seiler- und Webwaren einen Index von 172 bezw. 118 bezw. 149 und 119 haben. Die erhöhten steuerlichen Anforderungen an die Massen, wie sie die Mietzinssteuer fraglos darstellt, ist nur geeignet, die Preise für Industrieartikel weiter in die Höhe zu treiben, was bestimmt eine frühere oder spätere Steigerung der Preise für landwirtschaftliche Produkte bedeutet. Wir haben aber nicht die geringste Veranlassung, durch Ueberweltmarktpreise unsere Handelsbilanz zu schädigen, betrug doch, obwohl wir für 1920 mit einer aktiven Bilanz zu rechnen haben, unsere Ausfuhr 1922 nur 39,3 und 1923 rund 59,5 Proz gegenüber 1913. Ohne Zweifel ist über diese Steuerquelle das letzte Wort noch nicht gesprochen, da eine solche Regelung, die nichts für die Förderung des Wohnungsbaues tut, von den Mietern wohl nicht widerspruchslos hingenommen werden wird.

Ebenso bedenklich wie eine Reihe von Bestimmungen der dritten Steuerrotverordnung sind die beiden anderen im Verlauf der Woche bekanntgewordenen Maßnahmen, die eine Verselbständigung der größten Reichswirtschaftsbetriebe, der Bahn und der Post, bezwecken. Der Beweggrund zu dieser lange erörterten Aenderung ist ohne Zweifel der Zwang, den Staat zu entlasten, dann aber auch wohl die Absicht, den Betrieben ausreichende Kredite zu verschaffen. Die künftige „Deutsche Reichsbahn", die außer dem bekannten englischen Kohlenkredit bereits durch die Wirtschaft garantierte Rentenmarkkredite und private Warenkredite in Anspruch genommen hat, soll ja direkt auf bestimmte Bedingungen zugeschnitten sein, die die Pfandbriefbanken für die Hergabe eines 100-Goldmillionen-Darlehns gestellt haben. Unter diesen Umständen hat u. E. die Frage der Schaffung einer rentableren Wirtschaftsform kaum jene Rolle gespielt, die man ihr jetzt in der Oeffentlichkeit zuzusprechen sucht. Die Post z. B. hätte ihre Finanzpläne — sie will eine eigene Bankstelle schaffen und die Gelder des Postscheckamtes bankmäßig anlegen — auch ohne Loslösung vom Reich durchführen können, zumal sie ihre Ausgaben durch Einnahmen deckt, und das bekannte Darlehn der Hannoverschen Hypothekenbank in Höhe von 30 Goldmillionen nur zur Hälfte in Anspruch zu nehmen brauchte.

Im übrigen garantiert unseres Erachtens die schematische Uebertragung einer anderen Geschäftsform noch nicht auf jeden Fall die Rentabilität. Dagegen büßen aber durch die Aenderung der alten Wirtschaftsform Reich und Parlament auf die Dauer ihren Einfluß in den Riesenbetrieben ein, der in Zukunft wahrscheinlich, der guten Form wegen, nur noch dadurch zum Ausdruck kommt, daß den sogenannten Reichskontrollstellen Bilanzen und Geschäftsberichte vorgelegt werden, die man ja nach Bedarf frisieren kann. Schon aus allgemeinen volkswirtschaftlichen Gründen sind die Aenderungen also nicht nach unserem Geschmack. Die großen Verkehrsanstalten des Reiches sind schließlich in unserer Wirtschaft Hilfsbetriebe, die ihren Zweck erfüllen, wenn sie uns möglichst billig bedienen, wenn auch die Gewinn- und Verlustrechnung nicht immer glänzend ausfällt und allgemeine Zuschüsse notwendig werden. Geradte durch die Loslösung vom Reiche fürchten wir um dessen Einfluß auf die Tarifgestaltung, befürchten eine zu positive Betonung dieser Betriebe als reine Erwerbsgesellschaften, die absolut nicht im volkswirtschaftlichen Interesse liegt und wünschen gerade deshalb peinlichste Wahrung des Besitztitels des Reiches durch die Regierung gerade in der Zeit der Abtrennung und der Not. Es wird uns zwar von allen Seiten versichert, man denke nicht an die Privatisierung der Eisenbahn und der Post. Wir wissen aber aus positiver Quelle, daß sich bekannte „Größen" in unserer Industrie mit dem Plan tragen, den Verkehr an sich zu reißen, wenn Herr Oeser mit seinem Experiment, die Bahn aus sich selbst zu finanzieren, früher oder später scheitert. Die Vorgänge in der Preußischen Bergwerks-A. G., wo man so weit gekommen ist, ganze Aktienpakete, die Majoritäten bedeutender Zechen bei deutschen, zu verkaufen und das Drängen gewisser Industrieller, ähnliche Wege auch in der preußischen Porzellanmanufaktur einzuschlagen, geben zu denken!

Wer ist an der „Justizreform" schuld?

Der Herausgeber der Wochenschrift „Das Tagebuch" hat sich angesichts der Behauptung, daß der frühere Justizminister Dr. Radbruch für die Justizverordnung des Justizministers Dr. Emminger verantwortlich sei, an Professor Dr. Radbruch schreibt:

„In der Tat war es meine Absicht, auf Grund des ersten Ermächtigungsgesetzes im Verordnungswege eine Reihe von Reformen der Strafjustiz durchzuführen, die sich als Verbesserungen und zugleich Verbilligungen darstellten und somit im Rahmen des Ermächtigungsgesetzes lagen. Ich habe meinem Nachfolger im Amte einen vollständigen Entwurf zu einer solchen Verordnung hinterlassen.

Dieser Entwurf, der in die jetzige Justizverordnung als Hauptstück übergegangen ist, bringt an wesentlichen Verbesserungen der Strafjustiz die Ersetzung der Strafkammer durch ein Schöffengericht, die Einführung der Berufung für alle Strafsachen mit Ausnahme des stark eingeschränkten Kreises der Schwurgerichtssachen und die Besetzung auch des **Berufungsgerichts mit Laien**, denen also auch dann das letzte Wort bleibt, wenn in erster Instanz der Amtsrichter als Einzelrichter gesprochen hat. Bei der Kritik der Justizverordnung scheinen mir diese Fortschritte nicht hinlänglich gewürdigt zu werden.

Sie treten in den kritischen Stellungnahmen in den Hintergrund vor **bedenklichen Aenderungen und Erweiterungen**, mit denen mein Amtsnachfolger den ihm hinterlassenen Entwurf belastet hat. Ich muß vor allem die Verantwortung für die Notmaßnahmen, insbesondere die **zeitweilige Ausschaltung des Laienrichters**, entschieden ablehnen. Für die Umwandlung des Schwurgerichts in ein Schöffengericht, der ich ansichts mancher bösen Schwurgerichtsurteile aus den letzten Jahren sachlich nicht widersprechen kann, hielt und halte ich den Weg der Verordnung **für völlig ungeeignet und unzulässig**; ich habe den Herrn Reichsjustizminister mit Nachdruck aufmerksam gemacht auf die Gefährdung des Gesamteindrucks seiner Verordnung, die sich aus der Regelung dieser hochpolitischen Frage ohne Mitwirkung der Volksvertretung ergeben würde — und nun auch wirklich ergeben hat. Ferner habe ich darauf hingewiesen, daß das Urteil über die Verordnung durch die **Zusammensetzung des Berufungsgerichts**, das Zahlenverhältnis zwischen Laien- und Berufsrichtern ausschlaggebend bestimmt werden werde; in meinem Entwurf waren in allen Laiengerichten die Laien in der Mehrzahl — die Justizverordnung leitet stattdessen die Berufung gegen das mit zwei Richtern und zwei Laien besetzte vergrößerte Schöffengericht an die neben drei Richtern mit nur zwei Laien besetzte große Strafkammer. Mein Entwurf machte, um nur noch eines zu erwähnen, die Verschiebung von Strafsachen vom Schöffengericht an den Einzelrichter auch von der Zustimmung des Beschuldigten, die Justizverordnung macht sie einseitig vom Antrag der Staatsanwaltschaft abhängig.

Professor Dr. Radbruch fügt hinzu: „Ich kann es mit Rücksicht auf die Verbesserungen unserer Strafjustiz, welche die Emmingersche Verordnung neben notwendigen Sparmaßnahmen übernommen hat, nicht für richtig halten, die Aufhebung der Verordnung sofort anzustreben. Sie würde nur dann betrieben werden müssen, wenn die Reichsregierung unbedingt notwendige Abänderungen ablehnen sollte."

Demonstrationen sind verboten.

-Aber der Landbund pfeift darauf.

Greifenberg (Pommern), 2. Februar. Heute fand hier die erste diesjährige Arbeitgeber- und Bauernversammlung statt. In dieser wurde neben anderen berufspolitischen Fragen auch zur Lage der Landwirtschaft hinsichtlich der Besteuerung Stellung genommen. Die Versammlung stellte folgende Forderungen auf, die sofort dem Landrat und dem Finanzamtsleiter überreicht wurden: 1. Vereinfachung der Steuergesetzgebung, 2. Berechnung nach dem Ertragswert, 3. Einsetzung von Voreinschätzungskommissionen, 4. Preisgestaltung auf Grund der Gestehungskosten, 5. Schaffung von Schutzzöllen und 6. sofortige Auflösung von Reichs- und Landtag und Ansetzung von Neuwahlen. In der Versammlung machte sich eine ungeheure Erregung geltend, die immer wieder durch den Vorsitzenden beschwichtigt werden mußte. Man beschloß, die Kommission, die diese Forderungen überreichen sollte, zu begleiten. Ueber 200 Bauern warteten vor den Behörden. Dann wurde ein Hoch auf den Landbund ausgebracht, und unter Absingung des Deutschlandliedes zogen sie wieder ab.

Das Europa der gemeinsamen Arbeit.

Der Großindustrielle Litwin hat vor kurzem der Oeffentlichkeit einen Reparationsplan unterbreitet, der in weiten Kreisen des In- und Auslandes lebhafte Erörterungen hervorgerufen hat. Sein Plan basiert bekanntlich auf den Gedanken der Sachwerterfassung in der Art, daß jenes Kapital bis zu 25 Proz. vom Reiche erfaßt werden soll, das bereits den wirtschaftlichen Produktionsprozeß durchlaufen hat und nichts anderes mehr darstellt als einen Rentenanspruch der Besitzenden. Er schätzt die dem Reiche auf diese Weise zufließenden Werte auf rund 45 Milliarden, die eine goldwertige Deckung für die Ausgabe von Reparationsbons zur Befriedigung des Finanzbedürfnisses und der Kontrahenten darstellen.

Von besonderem Interesse ist eine neue Darstellung Litwins, die sich mit dem Gedanken einer Wirtschaftskoalition, die auch außereuropäische Gebiete in ihren Kreis zieht, beschäftigt. Für Frankreich und Deutschland ist bekanntlich aus vielen Gründen ein wirtschaftliches Zusammenarbeiten durchaus geboten und notwendig. Wir verweisen nur auf die Wechselbeziehungen zwischen westfälische Kohle und lothringischem Erz, auf die notwendige gegenseitige Ergänzung deutscher und französischer Fertigwarenindustrien und den erforderlichen Ausbau der bis jetzt brachliegenden Wasserkräfte des Rheins und der Rhone. Ein französisch-deutscher Wirtschaftsblock muß aber unbedingt die Gefahr eines europäischen Wirtschaftskrieges heraufbeschwören und würde gegenüber dem jetzigen Zustand kaum einen Fortschritt bedeuten. Dieser Auffassung ist auch Litwin, dessen Ideal ein großer europäischer Wirtschaftskomplex ist, der die Beziehungen zu den anderen großen Wirtschaftsgebieten, also zu Rußland, England, den Vereinigten Staaten, wieder aufnimmt.

Wir können diesem Plan, der schließlich nichts mehr und nichts weniger als eine Verwirklichung des Gedankens einer Weltbedarfsdeckung ist, schon aus dem Grunde zustimmen, weil eine wieder in Ordnung gebrachte Weltwirtschaft durch das Prinzip der gegenseitigen wirtschaftlichen Anerkennung, der Arbeitszusammenfassung und der Arbeitsteilung der ganzen Politik ein anderes Bild geben muß. Die politischen Auseinandersetzungen zwischen Frankreich und Deutschland werden sich ohne allen Zweifel reibungsloser vollziehen, wenn das Verhältnis zwischen diesen beiden Staaten wirtschaftlich von dem gesunden Egoismus beherrscht wird, der nicht in der Schwächung des anderen Teils, sondern in der Stärkung des Kontrahenten Vorteile sucht und findet. Aus demselben Grunde können wir die Auffassung Litwins unterstreichen, daß die Atmosphäre zwischen Frankreich und England durch gegenseitige wirtschaftliche Verständigung eine Entspannung erfahren muß. Frankreich ist nun einmal, als Staat für sich, England gegenüber der wirtschaftlich unterlegene Teil, der seine Abwehr gegen England in der Ansammlung möglichst großer politischer Kräfte sucht. Diese Methode wird aber in England als Drohung empfunden und mit politischen Gegenmaßnahmen beantwortet. Wenn Frankreich als Teil des europäischen Wirtschaftssystems auftreten würde, könnte es auf seine politischen Maßnahmen gegenüber England verzichten und die Auseinandersetzungen mit England in friedlichere und freundschaftlichere Bahnen lenken.

So denkt Litwin sich eine Rekonstruktion der alten Beziehungen in der Weltwirtschaft als Voraussetzung für die politische Entspannung. Er hat recht, weil noch jede politische Auseinandersetzung die Folge wirtschaftlicher Differenzen war. Hoffentlich findet der Appell offene Ohren. Gerade die letzten Jahre einer Politik der Gewalt haben gezeigt, daß diese Politik die ganze Welt in den Abgrund stürzen muß, wenn wir nicht in richtiger wirtschaftlicher Kenntnis zu einem Zusammenarbeiten kommen.

Devisen-Kurse.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		4. Februar	2. Februar.
		(In Millionen)	
Amsterdam	1 fl.	1 578 045	1 578 045
Buenos Aires	1 Peso	1 876 550	1 876 550
Brüssel (Antwerpen)	1 Fr.	175 560	175 560
Kristiania	1 Kr.	565 583	567 578
Kopenhagen	1 Kr.	688 275	685 283
Stockholm	1 Kr.	1 105 230	1 105 230
Helsingfors	1 finn. Mk.	105 735	104 747
Rom	1 Lire	185 535	184 139
London	1 £	18 354 000	18 214 350
Neuyork	1 Dollar	4 189 500	4 189 500
Paris	1 Frs.	198 802	198 503
Zürich	1 Frs.	733 362	731 168
Madrid	1 Peseta	536 655	536 655
Portugal	1 Escudo	124 687	124 687
Japan	1 Yen	1 865 325	1 865 325
Rio de Janeiro	1 Milreis	488 775	488 775
Wien	1 Kr.	60 149	59 600
Prag	1 Kr.	123 091	122 193
Jugoslawien	1 Dinar	50 174	49 875
Budapest	1 Kr.	144 388	144 888
Bulgarien	1 Lewa	30 822	29 725

Ein neuer Micum-Vertrag.

Paris, 3. Februar. (Eig. Drahtber.)

Die Micum hat mit den Fabrikanten der Feinstahlindustrie einen neuen Vertrag abgeschlossen, der die Ausfuhrabgabe auf ein Achtel des bisherigen Tarifes herabsetzt, den Werken dagegen eine besondere Kontribution in Höhe von zwei Achtel dieses Tarifs auferlegt. Der Ertrag dieser Kontribution soll eventuell zu Bezahlungen von Reparationsleistungen in Natura Verwendung finden.

Die französisch-belgische Regie kündigt eine beträchtliche Erhöhung der Eisenbahntarife in den besetzten Gebieten an. Die Güterfrachten werden um 200 Prozent,, die Personentarife um 25 Prozent in der ersten, 35 Prozent in der zweiten, 80 Prozent in der dritten und 100 Prozent in der vierten Klasse heraufgesetzt.

Französischer sozialistischer Parteitag.

Paris, 3. Februar. (Eig. Drahtber.)

Den Höhepunkt des sozialistischen Parteitages bildete am Sonnabend eine programmatische Rede Leon Blums, deren Klarheit im Aufbau und deren Ueberzeugungskraft in dem Glaubensbekenntnis zu den sozialistischen Gedanken den Parteitag zu stürmischen Ovationen hinriß. Blum führte aus, daß der Parteitag nicht vergessen dürfe, daß die Partei in erster Linie Dienerin des Proletariats sei. Sie habe in Tours das Gelöbnis abgelegt, die sozialistische Doktrin unverfälscht zu erhalten und den späteren Generationen vollkommen und rein zu überliefern. Von diesem Gesichtspunkt aus müsse die Frage der Wahltaktik behandelt werden, und deshalb könne von der Aufstellung eines gemeinsamen Programms mit anderen Parteien nicht die Rede sein. Das bedeute nicht, daß die Partei nicht von denjenigen Nachbargruppen, mit denen sie taktisch zusammengehe, gewisse Garantien verlangen müsse, aber die Sozialistische Partei selbst könne nur mit ihrem eigenen Programm zu den Wahlen gehen, ein Kartell mit anderen Parteien dürfe nur da ins Auge gefaßt werden, wo es Aussicht biete, dem Nationalen Block Mandate zu entreißen. In allen anderen Fällen würde es unmoralisch sein. Die Frage der Taktik nach den Wahlen beantwortete Blum dahin, man müsse mit zwei Möglichkeiten rechnen. Entweder der Nationale Block werde durch eine andere Mehrheit ersetzt, in der allein die verschiedenen bürgerlichen Elemente den Ausschlag geben, in diesem Falle sei die Haltung der Sozialistischen Partei klar vorgezeichnet: volle Unabhängigkeit in der Opposition, oder aber aus den Wahlen gehe eine ausgesprochene Mehrheit der Linken hervor, die dann auf die Mitarbeit der Sozialistischen Partei in dem Maße rechnen könne, als dies der Verwirklichung des sozialistischen Programms förderlich sei. Zur Frage der eventuellen Beteiligung der Partei an der Regierung führte Blum aus, daß diese Frage außerordentlich delikater Natur sei. Er verwies hierbei auf die Labour Party, die zwar die Regierung in Händen habe, aber unfähig sei, den bestehenden Zustand umzustoßen. Falls die Sozialistische Partei in Frankreich eines Tages ähnlich wie in England über die erforderliche Anzahl von Mandaten verfügen werde, dann werde sie, gleichviel welches Risiko sie dabei laufe, sich **unter keinen Umständen der Verantwortung entziehen dürfen.** In Tours sei ein schweres Verbrechen am Proletariat begangen worden. Wenn dieses einig geblieben wäre, dann hätte es in drei Monaten in der gleichen Situation sein können, wie heute die englische Arbeiterpartei. So aber könne man in den Wahlen nur auf Teilerfolge hoffen. Blum schloß mit der Aufforderung, daß der Beschluß, den der Kongreß in der Frage der Wahltaktik zu fassen habe, klar und unzweideutig sei.

Die Faszisten in Polen.

Warschau, 2. Februar. (Eig. Drahtber.)

Wie aus der gerichtlichen Untersuchung hervorgeht, war der Zweck der faszistischen Organisation „Bereitschaft der polnischen Patrioten" die Errichtung einer Diktatur in Polen. An der Spitze standen drei Generale, darunter der Chef des polnischen Flugwesens, Macewicz. Der Oberkommissar der Staatspolizei, Gostynski, hat im Sejm einen Antrag eingebracht, in welchem strenge Maßnahmen gegen die staatlichen Behörden und den Klerus, die die B. P. P. unterstützt haben, gefordert werden.

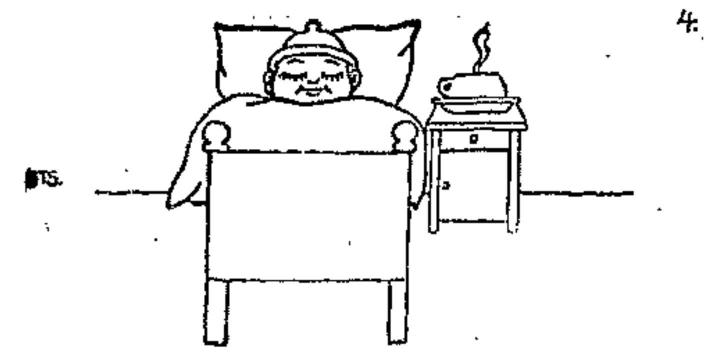
Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Lübecker Volksbote.

Hiermit bestelle ich den „Lübecker Volksboten" zum Preise von wöchentlich 45 Pfg. zur freien Zustellung ins Haus.

Name: _____

Wohnung: _____



Schläfst mit Quieta Kaffee du, Schläfst du des Nachts in guter Ruh'!

(11578)

Zuverk. 2 Paar Kinderstiefel, Gr. 22. (11582 Töpferweg 10 III, l.

Zwei Damen-Maskenkostüme zu vermieten. (11571) Blücherstr. 41 II.

Prima Ferkel zu verkaufen. (11596 Ernststr. 12.

Frauen-Haar

kauft u. zahlt hohe Preise. **E. Mittelstädt**, Friseur, F. 3716. Adlerstr. (11575

An unsere Anzeigenbesteller.

Die Freitag- und die Sonnabend-Nummer dieser Woche wird **früher** als gewöhnlich zur Ausgabe gelangen. Für diese Nummer bestimmte Anzeigen bitten wir deshalb am Tage vorher oder spätestens bis morgens 9 Uhr des betr. Tages in unserer Geschäftsstelle aufzuliefern.

Die Geschäftsstelle des Lübecker Volksboten.

Kunsthonig Paket 43 Pfg.

(11595

Margarine 50, 60, 70, 80 ₰ p. Pfd.
Talg Pfund M. 0.55
Schmalzfabrikat mit Gewürz Pfund M. 0.75
Geräuch. Speck Pfund M. 0.85 u. 1.40
Amerik. Schmalz Pfund M. 0.78
Kokosbutter Tafel M. 0.60
Speisefette Pfund M. 0.55
Corned-Beef Pfund M. 0.70

Prima Wurst u. Käse zu billigsten Tagespreisen.

Alfred Müller

Verkauf nur Holstenstraße 6, Parterre hinten.

Geschäftsbücher
Schreibblocks
Rechnungsblocks
Quittungsblocks
Kuverts
Klebemarken
Kellnerbonsbücher
Tinte, rot u. schwarz
Leim, gute Qualität
Bleistifte, Kopierstifte
Federn, Federhalter

zu haben in der (3762

Buchhandlung Lübecker Volksbote.

Prima abgelagerte
Stückbraunkohlen
per Zentner Mk. 0,90 ab Lager Falkenstraße.
1 Sack Holz Mk. 1,60. (11576
Pr. Senftenberg. Salonbriketts
zum billigsten Tagespreis empfiehlt
Max Beye, Kohlenhandel, Falkenstr. Tel. 3441.

Fahrrad gestohlen

am Sonnabend v. W. in der Fischergrube (Stadttheater). Erkennungszeichen: Marke „Astoria", Fabrik-Stempelnummer Nr. 733792. Vor Ankauf wird gewarnt. **Für Wiederherbeischaffung des Rades eine Belohnung von 50 Mk.**

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.
Lübecker Volksbote. (11186

Ia. Rasieren u. Haarschneiden bei **Wilhelm Wigger**, Fackenb. Allee 32. (11597

Süße Apfelsinen

Dtz. 70 ₰, 90 ₰, 1.10 M.
Erbsen in Dosen 5 ℔ 3 M.
Schweizerkäse ℔ 1.60 M.
Dän. Fettkäse ℔ 95 ₰
Tilsiter Fettkäse ℔ 88 ₰ (11601
Alter Käse ℔ 60 ₰
Guter schnittiger Käse ℔ 48 ₰
Sauerkohl ₰ 22 ₰
Salzheringe St 6 u. 8 ₰

Eduard Speck
Hüxstraße 80/84.

A. Schultz Uhrmacher Johannisstr. 20 Alle Waren a. Teilzahl. (11588)

Anzeigen,

die in der an dem betr. Tage erscheinenden Nummer des **„Lübecker Volksboten"** veröffentlicht werden sollen, müssen **bis 10 Uhr vormittags** in unserer Geschäftsstelle [illegible] eingeliefert [illegible] wir [illegible]

Die Geschäftsstelle des Lübecker Volksboten. Johannisstr. 46.

Hemd-Blusen

Flanell- und Waschstoffe

in bester Wäscheverarbeitung, offen und geschlossen zu tragen, mit Falten und Perlmuttknopf-Garnitur

5.00 3.50 4.00

Dargel

Holstenstraße 16. (11603

Tierhaare

(bes. Schweinehaare) kaufen höchstzahlend
Gebr. Wagner
Telephon 3414 (11579
Dankwartsgrube 26
Holstenstraße 8.

Doses Rauchfleisch zart wie **Lachs.**
Hauptgeschäft: **Hundestraße 62.** Filiale: **Engelsgrube 56.** (11593

Damenkleiderstoffe

in großer Auswahl **direkt ab sächs. Fabrik!** Unter anderem:

Frottees 1,05 breit, Ia. Qual., in vielen prachtv. Dess., durchw. p. Mtr. **2.30**
Popeline Ia. gezwirnte Ware, 1,05 br., in vielen Farben . . 3.15 und **2.85**
Rockstreifen reine Wolle, Ia. Qual. 3.15 Halbw., ap. Streif., p. Mtr. **2.75**

F. Spethmann, Breite Str. 31
(im Hause Arnold Berg), **Etagengeschäft.**
(11532)

Selbstbesohler!

Herren-Ledersohl. i. Aussch. M. 1.20—1.80
Damen- „ „ „ „ 0.60—1.00
Garantiert rein Kern!
Auf Wunsch kann auf Stepperei gewartet werden. 11519
Fünfhausen 7.

LACHEN LINKS

DAS WITZBLATT DER REPUBLIK

12 Seiten Mehrfarbendruck

PREIS 25 PFENNIG

Zu beziehen durch Buchhandlung des „Lübecker Volksboten", Johannisstraße 46.

Jeden Freitag neu!

Vereins- u. Vergnügungs-Anzeigen

Kolosseum

Morgen Mittwoch: 11574
Gr. Ball.
Kassenöffn. 5½ Uhr **Joh. und R. Mittag.**

Mittwoch, den 6. Februar, abds. 7½ Uhr

Oeffentliche (11547

Beamten- und Angestelltenversammlung im Marmorsaal Beckergrube.

Reichstagsabgeordneter Oberpostsekretär
Steinkopf, Berlin
spricht über Beamte und Angestellte und die
Bürgerschaftswahl.

Zahlreiches Erscheinen erwartet die
Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Beamter und Angestellter.

Oeffentliche

Frauenversammlung.

Am Dienstag, dem 5. Februar, abends 7½ Uhr, spricht im
Gewerkschaftshaus
die Reichstagsabgeordnete **Elfriede Rynek**, Berlin
über
„Die Frau in Staat und Gemeinde".
Freie Aussprache. (11546

Hierzu ladet **alle Wählerinnen Lübecks** ein
die Frauengruppe der sozialdem. Partei.
Jeder Partei ½ Stunde Redezeit.

Kommunistische Vereinigung zur Bürgerschaftswahl

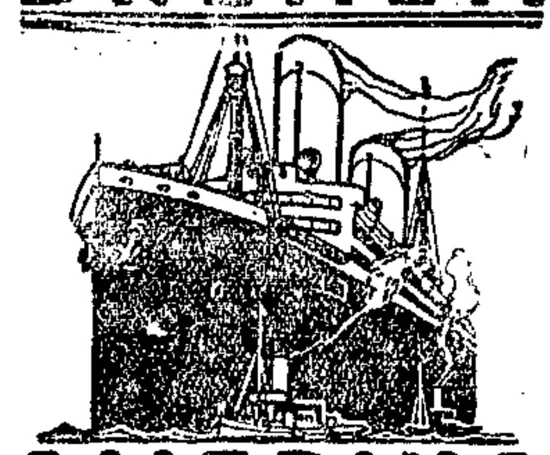
Oeffentliche

Wählerversammlungen

finden statt:
Am Mittwoch, dem 6. Februar 1924, abends 7½ Uhr,
Friedrich-Franz-Halle.
Referentin: Genossin **K. Guttmann.**
Am Donnerstag, dem 7. Februar 1924, abends 8 Uhr,
in **Moorgarten** im Lokal **Hering.**
Referent: Genosse **E. Klann.**

Tagesordnung: (11612
Wo ist Rettung?
Freie Aussprache.

BREMEN



AMERIKA OSTASIEN AUSTRALIEN

Regelmäßiger Personen- und Frachtverkehr mit eigenen Dampfern. Anerkannt vorzügliche Unterbringung u. Verpflegung f. Reisende aller Klassen

Reisegepäck-Versicherung

Nähere Auskunft durch

NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN
und seine Vertretungen

in Lübeck: **C. F. Schütt & Co.**, Untertrave 12/18. (11577
Verein zur Hebung des Fremdenverkehrs, e.V. Fahrkartenausgabestelle u. Reisebureau des Norddeutschen Lloyd, Mengstr. 4 Buddenbrookhaus.
in Hamburg: **Norddeutscher Lloyd Generalvertretung:** **Wilhelm Lazarus**, Bergstraße 11, (Haus Commeter).

Öffentliche (11599

Wählerversammlungen

Donnerstag, den 7. Februar 1924
abends 7½ Uhr:
Moisling, im Kaffeehaus.
Redner: Senator **Mehrlein**, Lübeck.
Schlutup, im Gasth. zum Schwan.
Redner: **A. Biedermann**, Hamburg und Senator **Henze**, Lübeck.
Travemünde, abds. 8 Uhr im Gasthof zur Stadt Kiel.
Redner: Reichstagsabgeordneter **C. Geyer**, und **H. John**, Lübeck.
Dänischburg, im Lokal des Herrn Cordts, Seeretz.
Redner: **H. Wolfradt**, Lübeck.
Siems, abends 7 Uhr, im Lokal des Herrn Schwarz.
Redner: **J. Maintz**, Lübeck.

Café Vaterland

Heute: (11611
2. großes Bockbierfest

Café Bernhardt

Fackenburger Allee 9.
Täglich nachm. u. abds.: **Konzert** (11430)

Arbeiter-Turn- u. -Sportverein Seeretz-Dänischburg.

Einladung zum
Maskenball
Sonnabend, d. 9. Febr.
im Lokale des Herrn **E. Cordts**, Seeretz
Anfang 6 Uhr.
Maskenzug 8 Uhr.
Demaskierung 10 Uhr.
Das Festkomitee.

Hansa-Theater.

7½ Uhr: . 7½ Uhr: Nur noch einige Aufführungen von dem Schlager der Spielzeit
„Mutschi".
Lübecker Lokal-Operette in 3 Akten von Schmitz mit **Henry Vahl, Gerd Charlier, Hertha Witt** u. **Asta Hoier** in den Hauptrollen.
1. Akt: Lübecker Hauptbahnhof. (11605
3. Akt: Bar (Fledermaus).

Stadttheater Lübeck.

Mittwoch, 7.30 Uhr: **Romeo und Julia.**
Donnerstag, 7.30 Uhr: **Rigoletto.** (11590
Abonn.-Zahlung nachm. von 3 bis 6 Uhr an der Theaterkasse.

Gas cbm 21 Goldpfg., Lichtstrom khw 65, Kraftstrom 30, Wasser cbm 15/30, heizbare Räume mit Leitung 20, ohne Leitung 10 Goldpfg. (11587

Lübecker Volksbote

Beilage. Dienstag, 5. Februar 1924. Nummer

Freistaat Lübeck.

Dienstag, 5. Februar.

Wähle!

Bist du glücklich und zufrieden
(Kannst zwar kaum dem Hunger wehren),
Und du meinst, dir sei's beschieden,
Andern den Profit zu mehren;
Hast du so dich abgefunden,
Und dir sind pro Tag zwölf Stunden
Nicht zu viel —
Wähle Thiel!

Plagt dich mal die Ueberlegung,
Was du könntest, möchtest, wolltest,
Wohin langsam in Bewegung
Du vielleicht dich setzen solltest,
Während, eh' du dich's versehen,
Rücksichtslos das Zeitgeschehen
Schon hinwegrollt —
Wähle Eckholdt!

Willst du, daß wie einst im Kriege
Wieder Ludendorff regiere,
Dich mit Volksbetrug und Lüge
Tiefer noch ins Elend führe,
Und du meinst, es müßt' geschehen,
Daß die Hakenkreuzer drehen
Neu das Ding —
Wähle Fink!

Glaubst du, daß vom Wort alleine
Könnte dir die Rettung kommen,
Und dir hülfe auf die Beine,
Wer den Mund recht voll genommen,
Wähnst du, daß in allen Dingen
Dir das Paradies würd' bringen
Moskans Troß —
Wähle Roß!

Wenn du meinst, es sei geraten,
Daß man einem kleinen Grüppchen
Eine Extrawurst sollt' braten,
Kochen ein besonderes Süppchen
(Wem die Sache würde frommen,
Allzu spät erst würdest kommen
Du dahinter) —
Wähle Dinter!

Willst du stetem Fortschritt nützen,
Not und Elend von dir wenden,
Das Errungene treulich schützen
Vor der Nimmersatten Händen,
Willst du wieder aufwärts steigen,
Mach' die Losung dir zu eigen
Jeden Wählers:
Gustav Ehlers!

-u-

Aus der Bürgerschaft.

Wie die Wiederaufbauparteien Fischerinteressen mißachten. — Von großzügiger Bauweise und hausagrarischen Blendlichtern. — Der erledigte Pferdefleischprozeß. — Die Aufbauparteien für den Belagerungszustand und Ausnutzung der Notlage Arbeitsloser. — Was der Wähler noch wissen muß.

Wider Erwarten mußte das lübsche Parlament am Montag noch einmal zusammentreten. Es sollte eine Korrektur an der Vorlage über das Fischereigesetz vorgenommen werden, da der Senat den Beschlüssen nicht beigetreten ist. Es handelt sich um das Fischereirecht der Fischer in unseren Hoheitsgewässern und um die Abgaben der Ringwadenfischer, sowie der Fischer im Wakenitzbezirk. Innerhalb des Fischereibezirks in der Travemünder Bucht bestehen Beschränkungen hinsichtlich der Zahl der zu gleicher Zeit fischberechtigten Ringwaden der Fischergenossenschaften und der diesen Genossenschaften nicht angehörenden Travemünder resp. nichtlübschen Fischern. Sich lange Zeit hinziehende Kommissionsverhandlungen führten zwar zu einer Regelung, die aber trotzdem kein allseitig befriedigendes Endresultat zeitigten. So beschloß die letzte Bürgerschaftsversammlung u. a., daß innerhalb der Linie Rosenhagen—Brodtener Ufer—Neukoppeler Gehölz die Fischerei mit Ringwaden nicht ausgeübt werden dürfe und sie setzte ferner den Preis für die Fischerkarte auf 25 resp. 50 Mk. fest. Dadurch sieht sich der Senat in den Staatseinnahmen beschränkt und er wünscht deshalb die Annahme seines ursprünglichen Antrages, den Senator Mehrlein begründete. Er betonte dabei, daß das Polizeiamt mit der Einziehung der Abgabe bis zum April warten werde und daß auch Abzahlungen gestattet würden. Für die Wakenitzfischer sei die erhöhte Abgabe von 200 Mk. ungerecht. Diese würden auch mit persönlichen Opfern Fischbrut einsetzen und hätten den Sportanglern erlaubt, vom Boote aus mit lebendem Köder zu fischen.

Unser Fraktionsredner, Genosse Haut, war bereit, — da der vorige Beschluß auf einem Mißverständnis beruhte — dem Senat in bezug auf die Freigabe der Ringwadenfischerei in dem beanstandeten Bezirk entgegenzukommen und in den Abgaben eine mittlere Linie zu wählen, also die Hälfte der vom Senat beantragten Sätze. Er beantragte für Fischerkarten **50 Mark** resp. **100 Mark.** So werde man der schlechten wirtschaftlichen Lage der Fischer gerechter. — Die Kommunisten erklärten sich zustimmend zu der Herabsetzung der Gebühren der Ringwadenfischer, nicht aber für die Fischpächter auf der Wakenitz. Für eine Freigabe der Ringwadenfischerei in dem oben bezeichneten sog. Schonbezirk waren sie jedoch nicht zu haben. — Genosse Haut verwies den kommunistischen Sprecher Roß auf die Sachverständigengutachten im Ausschuß, dessen Sitzungen Roß allerdings nie beigewohnt habe. Was die Wakenitzfischer anbetreffe, so könne man im gemeinsamen Ausschuß näher darüber beraten.

Nach diesem Zwischenspiel, bei dem sich die Rechtsparteien bis zur Abstimmung neutral verhielten, entpuppte sich die Schlauheit der schon siegesvorfreudigen Reaktion. Da ihr die sozialdemokratischen Anträge nicht paßten, bezweifelte ihr Rechtsanwalt Ewers das Abstimmungsresultat und siehe, mit einer Stimme Mehrheit legte er sich zum Schaden der Fischer den Kranz aufs Haupt. Es kam dann der ursprüngliche Senatsantrag zur Abstimmung, für den die Wiederaufbauer eintraten. Aber diesen lehnte die Linke ab. Und so fiel der ganze Nachtrag zum Fischereigesetz ins Wasser und die Staatskasse hat das Nachsehen. So vertreten die Wirtschaftsgemeinschaftler die Interessen des Volkes und des Staates.

Ein weiterer Antrag betraf den Ausbau des Lerchenweges, der Elsternweide und eines Wohnganges an der Südostseite der Luisenstraße im Interesse des Wohnungsbaues. Hiefür wurden 9900 Goldmark bewilligt. Der Gemeinnützige Bauverein hat nicht mehr die Absicht, sein Erbbaurecht an der Luisenstraße auszuüben und gibt es an den Staat zurück. Nun stellt der Staat die Vorarbeiten zum Ausbau eines weiteren Wohnganges her. Er scheint also die ganze verpfuschte Bauart auf diesem einstmals idealen Baugelände weitertreiben zu wollen. So wird an der Luisenstraße ein Kasernenbau an den anderen gereiht und damit der „Weitblick" unserer Baubehörde noch mehr hervorgehoben. Lübeck kann sich also rühmen, seinem mittelalterlichen Prinzip treu geblieben zu sein und Wohngänge im 20. Jahrhundert auf freiem Felde errichtet zu haben. Wir sind begierig, ob auch die Stirnwohnungen von dem Erbauer ebenso verhunzt werden wie in den bestehenden Kasernen an der Luisenstraße.

Auch die Krügerstraße soll bis zur Roeckstraße ausgebaut werden. Es werden dafür 19 500 Goldmark verlangt. Einige Plätze werden dadurch baureif, ein Bau soll alsbald errichtet werden.

Der Hausbesitzeragent Dinter ließ noch eine Werberede vom Stapel, die in einem Ersuchen gipfelte, daß auf Antrag Bauplätze mit kleiner Anzahlung verkauft werden und die Restkaufsumme in wertbeständiger Hypothek mindestens 3 Jahre unverzinslich eingetragen werden sollte, wenn sich der Käufer zum Neubau verpflichtet. Als zweiter Teil verlangt Dinter Erlaß der mit dem Bau verbundenen Gebühren. Der erste Teil dieses Ersuchens wurde abgelehnt, für den zweiten stimmte Dinter und dessen Freund Hefti, die jetzt noch einmal ihre verlogene Hausagitation aufnehmen und die „hausbesitzerverderbende" Sozialdemokratie bei den ganz Dummen verleumden werden. Uebrigens kann Herr Dinter dann gleich erzählen, daß ihm Senator Henze gesagt hat, die Finanzbehörde habe seit langem im Interesse des Bauens für Bauplätze nur die Hälfte des früheren Wertes gefordert. Das wird Herr Dinter aber nicht tun, weil diese Tatsache nicht in dem Schwindelkonzept der Hausbesitzer um Dinter und Hefti verzeichnet steht.

*

Zu Beginn der Sitzung wurde vom Senat mitgeteilt, daß der lübsche Staat in dem Pferdefleischprozeß gegen Cadows Erben obgesiegt hat. Cadows Erben haben die Revision zurückgezogen und sämtliche Kosten im Verfahren vor dem Landes- und Oberlandesgericht auf sich genommen. Ein Ausschuß hatte sich gleichfalls mit der seit Jahren schwebenden Angelegenheit beschäftigt. Er ist seiner Arbeit damit entbunden.

Wie sich die Wirtschaftsgemeinschaft die Auswirkung ihrer hoffenden Macht denkt, dafür gab sie einen Vorgeschmack bei dem kommunistischen Dringlichkeitsantrag über die Aufhebung des Belagerungszustandes. Nur die paar Demokraten stimmten dafür, so daß eine Mehrheit nicht herauskam und der Antrag dem Bürgerausschuß überwiesen werden mußte. Daß die Hausbesitzer gegen den Antrag stimmten, nimmt nicht wunder. Denn ihr derzeitiger Schriftgelehrter wand sich schon zu Zeiten des Kapp-Putsches als General-Anzeiger-Redakteur in journalistischen Schlangenwindungen. Damals konnte er noch nicht offen tun wie er wollte. Heute bläst er seinen Auftraggebern

Ohnesorge und Hinkemann.

Kesseltreiben der „Gebildeten" gegen die Theaterleitung. — Die Kriegervereinler am Leitseil der Deutschvölkischen. — Und auch Ida Boy-Ed!

Die herkömmlich stilisierte Weltgeschichte hat durch den vierjährigen Völkerstreit einen Stoß erlitten. Alle christlichen Predigten über Menschenliebe und Menschenpflicht konnten das Massenmorden weder verhindern noch abkürzen. Dieser Widerstreit schuf Menschen mit neuen Ideen. Sie drängten sich ans Licht und rangen nach Ausdruck und Form. Beides widerspricht dem Alltäglichen, erfordert tieferes Forschen und vor allem Verstehen der neuwaltenden Kräfte. Das paßt trägem, bildungs- und kulturfeindlichem Muckertum nicht. Dieses klebt am Alten, lebt noch im Anschauungskreis staatlich geeichter Bildungsvorschrift. Wie hat man in den 90er Jahren nur Gerhard Hauptmann mitgespielt, sich vor Gorki gegruselt.

Heute ist Ernst Toller an der Reihe. In Sachsen wurde ein Kesseltreiben gegen die Aufführung seines Dramas „Hinkemann" veranstaltet — von deutschvölkischen Studenten. In Lübeck arbeitet man an einem ähnlichen Putsch herum. Ein Professor Ohnesorge zieht die Alarmglocke. Und der Landeskriegerverband unter dem Vorsitz des „Demokraten" Heise faßt mit am Strang. Den Dreizack krönt die alte Burgdame Frau Boy-Ed. Der greise Herr Professor, in der Kriegszeit einigen Dutzend Gästen als langweiligster Vortragskünstler über Rußland bekannt — er stöberte annektierend im Zarenreich herum wie seinerzeit als „Archäologe" unter lübschen Hünengräbern — hopst in der bürgerlichen Presse wie ein blindes Huhn auf der Eselswiese und poltert gegen die Absicht der Theaterleitung, Tollers Werk „Hinkemann" einem kleinen Kreise im Behnhaus bekanntzumachen. Der gute Mann beruft sich aber nicht auf eigenes Urteil, sondern ist auf das Gewäsch der sogenannten vaterländischen Verbände Dresdens verpflichtet:

> „In der Person Hinkemanns, des entmannten Frontsoldaten, wird das deutsche Vaterlandsgefühl schmählich verhöhnt. Deutschland ist — — nicht zum Eunuchen unter den Völkern der Erde geworden. Die moralische Atmosphäre des Stückes ist vergiftet und wirkt wie die Pest. Das religiöse Gefühl wird beleidigt, das sittliche Empfinden geschmäht, dem natürlichen Scham- und Anstandsgefühl wird frech ins Gesicht geschlagen."

Und doppelt betrübt es den lübschen Professor, daß gerade am Vorabend des Reichsgründungstages „das ehemals weltberühmte Hoftheater Dresdens durch die Aufführung solcher „Schmutzereien" der Welt eine neue Gelegenheit gegeben hat, auf das heutige Deutschland verächtlich hinabzublicken". Lieber Herr Ohnesorge, seien Sie ohne Sorge, die Welt schaut nicht verächtlich auf Deutschland herab, weil in ihm Dichter erstehen, die den Mut haben, den Massenmord und sein Grauen im Lichte der Wahrheit zu schildern, sondern weil es der deutschen Republik noch nicht möglich gewesen ist, solche Lausbubenaktionen deutschvölkischer Couleur — die Schauspieler und Direktor mit dem Revolver bedrohten — zu unterbinden. Es handelt sich ja meistens um Leute, die die Schrecken des Krieges kaum kennen lernten, die **von der seelischen Not der Hunderttausenden von Kriegskrüppeln und Hinterbliebenen** keine Ahnung haben und die ein **Erziehungsprodukt alldeutscher und altersgrauer Professoren** sind, denen es wider den Strich geht, daß sie nicht mehr vom hohen Pferd herab die Söhne des Volkes kujonieren können.

Kein Wunder, daß ihnen der „Hinkemann" mißfällt. Ihr Deutschland, das Deutschland der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen und so weiter nach rechts, wird in der Schaubudenfigur des deutschen Hinkemann, der sich in Wildheit und Kraft produziert und doch nur ein armer, durch den Krieg entmannter, seelisch zerbrochener Schlucker ist, in dem Stück mit schonungsloser Offenheit in seiner wahren Gestalt gezeigt. Und weil sich die heutige christlich-bürgerlich-nationale Kultur zu neun Zehnteln auf Heuchelei gründet, fürchtet und haßt sie nichts mehr als die Wahrheit. Sie macht lieber in alter hurrabegeisterter Kriegsstimmung, wie sie kürzlich der Deutsche Offiziersbund in der Gemeinnützigen offenbarte:

> Und steigt einst wieder die Sonne
> Des alten Reiches empor,
> Und ruft der herrliche Ahne,
> Dann — „Heraus mit der alten Fahne,
> Der Fahne des Garde du Corps!"

Oder wie sie der deutsche Bierphilister bei Lückschen Bockbierfesten propagiert:

> Wir woll'n der Zeiten Not und Weh
> Doch nimmer unterliegen,
> Der Druck des Herrn Poincare
> Soll uns nicht runter kriegen.
>
> Die alte deutsche Tüchtigkeit,
> Das Regen deutscher Hände
> Macht fränkischer Niederträchtigkeit,
> Will's Gott, gar bald ein Ende.

Solch stupider Kitsch sticht besser als Tollers ernste Mahnung, zur Vernunft und Menschlichkeit.

*

Dem eisgrauen Prof. Ohnesorge kommt nun der Landeskriegerverband mit seinem Vorsitzenden Heise — im sonstigen Leben Demokrat — zur Hilfe. Er gibt seiner Verwunderung Ausdruck, daß hier die Werke eines Herrn Toller zu Worte kommen sollen. Der Landeskriegerverband bittet davon abzusehen, weil die von ihm **vertretenen vaterländisch gesinnten Kreise stärksten Anstoß nehmen müssen.**

Ist es schon ein starkes Stück, daß die Stabstrompeter des Landeskriegerverbandes ihre Mitglieder so einfältig bevormunden, so ist es noch eine besondere Unverschämtheit, daß sie die Wiedergabe irgend eines Tollerschen Werkes überhaupt verbieten. Die gleiche Charakterisierung trifft auf die in Oberbayern frische Luft schöpfende Burgfrau Ida Boy-Ed zu, die voller Zorn Prof. Ohnesorge beipflichtet.

Wir erwarten mit Bestimmtheit, daß sich die Theaterleitung derartigen Einflüssen **nicht beugt und ihr Vorhaben durchsetzt,** auch wenn die hiesige bürgerliche Presse dem deutschvölkischen Treiben durchsichtigerweise Unterschlupf gewährt und die **im Wahlring kämpfenden Landeskriegerverbändlern** die Säbel wetzen. Sie bekunden damit nur, daß die Lübecker Rechtsparteien sich vor der Wahl noch auch als Kulturfeinde entpuppen und daß ihnen auch ernsthafte Dichter als Wahlschreck dienen müssen. Wenn wir Theaterleiter wären, würden wir mit dem von uns bereits einmal angezogenen Arno-Holz-Gruß: Lex mihi ars darüber hinweggehen.

*

Welch geistiges Armutszeugnis sich die alternden Leutchen ausstellen, wollen wir ihnen durch die Wiedergabe einer Kritik aus einem rechtsgerichteten Blatt beweisen. Egbert Delpy schrieb in den Leipziger Neuesten Nachrichten:

> „Und doch wenn man das Werk des Literaten, des Bühnenschriftstellers Toller unvoreingenommen, d. h. ohne jede Parteibrille, näher ansieht, wenn man vor allem dieses sein jüngstes Werk in seinem Kern nicht in seinem Beiwerk betrachtet, dann entdeckt man überrascht, daß es diesem von der Parteien Haß und Gunst überschäumten Revolutionär im letzten tiefsten Grund um ganz andere Dinge geht, als um Aufstellung und donnernde Verkündigung revolutionärer Parteiprogramme. . . . Mag er gelegentlich mit Schlagworten aus der Parteiwerkstatt um sich werfen, man fühlt sehr deutlich, er steht über ihnen. **Ihm geht's um das Menschliche!** Er will und sucht und predigt mit glühender Seele **Brüderlichkeit, Hilfsbereitschaft, Verstehenwollen** . . . . Wie dem auch sei — die Tragödie des verkrüppelten Riesen, der durch die Stumpfheit, Bosheit, Ichsucht seiner Arbeitsgenossen und durch ihr gedankenloses Gelächter in den Tod gejagt wird, ist **aus tiefsten menschlichen Quellen aufgestiegen.** Sie wurde künstlerisch geformt von einem in fremder und eigener Not glühend Leidenden, den sein Leid, **sein Mitleid, hoch über die Parteien hebt. — Der Eindruck war groß.** Es gab ungezählte Hervorrufe, ja Blumen für die Darsteller. Dem **Arbeiterbildungsinstitut,** dessen Initiative, wie ich höre, diese Aufführung zu danken ist, **sind wir verpflichtet für den Abend.** Wir wissen nun, daß Ernst Toller, der Bühnendichter, eine Hoffnung für uns ist!"

*

Das sieht doch anders aus, als die deutschvölkische Hetze mit Einschluß des Wahlringes glauben machen will. Wenn dem sich kunstsachverständig gebärdenden bürgerlichen Klüngel nicht die Zähne gezeigt werden, dann kommen wir wieder in eine Art Lex-Heinze-Zeit hinein, über die Professor Delbrück in den Preußischen Jahrbüchern schrieb: „Die Sozialdemokratie hat einen glänzenden Feldzug geführt. Der Sieg ist der Sozialdemokratie zu verdanken, die **deutsche Bildung wie der deutsche Liberalismus hat sich nicht aus eigener Kraft behaupten können. Kunst, Wissenschaft und Bildung haben sich in Deutschland unter die Fittiche der Sozialdemokratie flüchten müssen."**

wohl das ins Ohr, was sie von einer Diktatur zu erwarten haben: unbeschränkte Ausbeutung der Mieter. Das hatte Kapp versprochen. Vielleicht und so . . .

So ungefähr denkt die im Wahlring verschmolzene Reaktion über die Pflichtarbeit der Erwerbslosen. Diese gerade im Interesse des Wiederaufbaus gelegene Forderung (von den Kommunisten gestellt) denken die Herren erst recht nicht zu verwirklichen und sie werden es — sollten sie die Mehrheit erhalten — machen wie in Bremen, wo Staatsarbeiten statt zur Behebung der Arbeitslosigkeit zur Aufrechterhaltung dieser unternommen werden. So will man die Bande kirre kriegen.

Ein ebenfalls von kommunistischer Seite gestelltes Ersuchen über Kostenvorlegung des Volksentscheides fand nicht die nötige Unterstützung. Laßt fahren dahin, laßt fahren . . .

*

Dies war nun die letzte Sitzung der alten Bürgerschaft. Sie dauerte zwar nur eine Stunde, aber die jetzt offiziell vereinigte Rechte enthüllte noch einmal in vollem Glanz ihr Antlitz und bewies offenkundig, daß sie im geheimen vom ersten Tage an ein Herz und eine Seele war und Falschspiel trieb. Ihr einziges Bestreben blieb, sich von der Verantwortung zu drücken und die aufbauende Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion soweit als möglich zu sabotieren. Sie hofft, in der neuen Bürgerschaft die erste Geige zu spielen. Das vielgepriesene Allgemeinwohl wird in den Sonderinteressen der vereinigten Klüngel auslaufen. So war es früher, so wird es die Zukunft bestätigen. Wer dieses privatkapitalistische Bestreben verhindern will, muß am 10. Februar die Liste derjenigen Partei wählen, die jahrelang unvoreingenommen das Staats- und Volkswohl vertrat und die bisher den nuermüdlichen und unparteiischen Wortführer stellte, die

Liste Gustav Ehlers.

Ideale Hausbesitzerpolitik.

Wessen Geschäfte besorgt der Neue Haus- und Grundeigentümer-Verein?

Wer es noch nicht wußte, der konnte es aus Ausführungen entnehmen, die sein Kandidat Dietrich am Sonntag nachmittag in einer Volksversammlung in Dissau machte. Er erklärte, daß die **„Wirtschaftsgemeinschaft" ihm allein gestattet hätte, mit einer besonderen Liste in den Wahlkampf einzutreten.** Die famose „Wirtschaftsgemeinschaft" hofft demnach auf solche Weise unzufriedene Hausbesitzer, die sonst nicht für ihn stimmen würden, auf diesem krummen Wege der Sozialdemokratie abwendig zu machen. Und der „Neue Grundeigentümerverein" wird dann als Anhängsel der Wirtschaftsgemeinschaft deren Geschäfte besorgen.

Weiter führte Dietrich aus, daß seine Organisation nicht nur die Haus- und Grundbesitzer umfasse, sondern auch die Markthalleninteressenten. Also auch diese werden vor den Karren der „Wirtschaftsgemeinschaft" gespannt. Sie haben sich denn auch bald in der erforderlichen Weise bemerkbar gemacht.

Endlich meinte er, da für den Haus- und Grundeigentümerverein auf dem Lande doch keine Stimemn fallen würden, so sollten die Landbewohner entweder für die Deutsch-Völkischen oder für die Kommunisten stimmen!

Kommentar überflüssig!

Reichszuschüsse bei Beschäftigung Erwerbsloser.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Zur Belebung des Arbeitsmarktes hat der Reichsarbeitsminister die Möglichkeit eröffnet, Erwerbsunternehmungen, die ganz oder in selbständigen Betriebsstellen still liegen, Darlehen oder Zuschüsse aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge zu bewilligen, wenn sie den Betrieb wieder aufnehmen und in ihm mindestens 20 Erwerbslose beschäftigen, die zwei Wochen Erwerbslosenunterstützung bezogen haben und noch weiter Erwerbslos sein würden. Die Anträge auf Bewilligung von Darlehen oder Zuschüssen sind an die Gemeindebehörde zu richten, die mit Zustimmung des Verwaltungsausschusses des öffentlichen Arbeitsnachweises entscheidet. Die Bedingungen sind aus dem Reichsarbeitsblatt Nr. 3 vom 1. 21 24 zu ersehen.

Die Baupreis-Richtzahl für Lübeck ist nach einer uns von der Lübecker Brandkasse gewordenen Mitteilung von 1324 Milliarden am 21. Januar auf 1300 Milliarden am 4. Februar gesunken.

Falsche norwegische Kronenscheine. Von der Girozentrale Lübeck wird uns folgendes bekanntgegeben: Nach Mitteilung unserer Korrespondenzbank in Norwegen befinden sich eine große Anzahl falscher norwegische 10-Kronenscheine im Umlauf. Die falschen Noten, die auch hier in Lübeck bereits aufgetaucht sind, tragen die Jahreszahl 1922, Serie J. Allem Anschein nach stammen diese Scheine aus Deutschland, weshalb bei der Entgegennahme von norwegischen 10-Kronen-Scheinen dringend Vorsicht geboten ist. Wir machen darauf aufmerksam, daß die wellförmigen Querlinien auf der Vorderseite unten auf den falschen Noten rechts wenden, wogegen auf den echten Noten die Linien links gehen. Diese Querlinien biden weiter auf den falschen Scheinen fünf Wellen gegen sechs auf den echten. Außerdem befindet sich auf den echten Noten Vorderseite oben links im äußersten Verzierungskranz eine 1, die leichtsichtbar ist.

Kirchliche Wählerlisten. Nach der Kirchenverfassnug der evangelisch-lutherischen Landeskirche in Lübeck hat alle zwei Jahre ein Drittel der Vorstandsmitglieder auszuscheiden und ist durch eine Neuwahl zu ersetzen. Diese ist auf den 30. März festgesetzt. In die kirchlichen Wählerlisten werden nur die Gemeindemitglieder eingetragen, die sich selbst zur Eintragung anmelden. Für die Stadt und die Vorstädte bildet das Statistische Landesamt, Mengstraße 4 I die Anmeldestelle. Die Anmeldung kann mündlich oder schriftlich erfolgen. Die Wählerlisten haben für alle in den nächsten zwei Jahren fallenden kirchlichen Wahlen Gültigkeit.

Nächste Abfahrten der Hamburg-Amerika-Linie. Hamburg—Nordamerika. Nach Neuyork: D. Mount Clinton 7. 2., D. Westphalia 14. 2., D. Thuringia 21. 2., D. Cleveland 28. 2., D. Mount Carroll 6. 3. Nach Boston—Philadelphia—Baltimore—Norfolk: M. S. Cimland 8. 2., D. Emden 29. 2. Nach Südamerika: D. Steigerwald 9. 2., D. Baden 21. 2., D. Sachsenwald 26. 2., D. Antiochia 5. 3. Nach Cuba—Mexiko: D. Toledo 26. 2., D. Dalköven 9. 2. Nach Westindien: D. Tsad 9. 2. Nach Ostasien: D. Coblenz 9. 2., Engl. D. Rhesus 16. 2., D. Saarland 23. 2., Engl. D. City of Tokio 1. 3. Nach Westküste Nordamerika: D. Holger 9. 2., M. S. Paris 23. 2., D. Sachsen 8. 3.

wb. **Stadttheater-Lichtspiele. Tragödie der Liebe.** In diesem Mia Mayfilm, dessen Regie von Joe May geführt wurde, ist in jeder Hinsicht technisch, darstellerisch und photographisch erstklassige Arbeit geleistet worden. Mia May versteht es immer, gut auszusehen. Emil Jannings spielt seine Rolle als stellungsloser Ringkämpfer, der im Banne eines leichtsinnigen Weibes steht, ganz ausgezeichnet. Erika Gläßner trifft für die Diene Musette den richtigen Ton. Wladimir Gaidarow, der als Rabatin, aus Liebe zur unschuldig verdächtigten Gräfin, den Mord des Ringers Ombrade an den Grafen auf sich nimmt, bietet eine außerordentlich interessante Leistung. Joe May hat gute Einfälle gehabt. So ist der durch die Winterlandschaft fahrende Zug von allergrößtem Reiz. Und das Bild, in dem der brutale Liebhaber seinen Nebenbuhler über die Dächer der Weltstadt jagt — der Film spielt im Paris von heute — und dann aus der Höhe in den gefrorenen Kanal wirft, wirkt stark ergreifend. Im übrigen aber ist der Gang der Handlung nichts als der übliche Kitschroman. Der französische Graf wird nach alter Schablone gezeichnet und die Gräfin willigt am Schlusse des zehnten Aktes ruhig ein, daß die herzlose Schwiegermutter sie für tot erklärt und ihr die Erziehung ihres Kindes entzieht. So kann der Tragödie zweiter Teil auf den Manuskriptworten schließen: „Mutterliebe hat das größte Opfer gebracht." Weitere zwei Teile folgen in der nächsten Woche.

Oeffentliche

Frauen-Versammlung.

Heute, Dienstag, den 5. Februar, abends 7½ Uhr,

spricht im

„Gewerkschaftshaus"

die Reichstagsabgeordnete **Ryneck**-Berlin

über

„Die Frau in Staat und Gemeinde"

Frauen Lübecks, erscheint in Massen!

Morgen, Mittwoch, den 6. Febr., abends 7½ Uhr

im

„Marmorsaal" (Beckergrube)

Oeffentliche

Beamten- und Angestellten-Versammlung

Reichstagsabgeordneter

Oberpostsekretär **Steinkopf**-Berlin

spricht über

Beamte und Angestellte und die Bürgerschaftswahl.

Aus dem Polizeibericht. Wie berichtet, sind am 8. v. Mts. dem Laufjungen einer hiesigen Zigarettenhandlung 3 Pakete mit 7000 Zigaretten von einem Unbekannten abgeschwindelt worden, als er mit den Zigaretten durch die Wahmstraße ging, um sie einem Kunden zuzustellen. Die Ermittlungen führten nunmehr zur Festnahme des Täters, eines bereits mehrfach vorbestraften Arbeiters aus Thorn. Im November v. Js. waren auf einem Gute in Höhenschönberg i. Mecklb. des Nachts zwei Schafe gestohlen worden und an Ort und Stelle abgeschlachtet. Als Täter wurden nunmehr 6 hier wohnhafte Arbeiter bezw. Schlosser und Dreher ermittelt. Einer der Hammeldiebe wurde festgenommen. — Festgenommen wurde der frühere Kutscher einer hiesigen Milchhandlung, der seinem Arbeitgeber 5 Hasen gestohlen hatte. Gegen die Abnehmer der Hasen wurde Anzeige wegen Hehlerei erhoben — In der Nacht zum 2. ds. Mts. sind aus einem Hause der Schönböckenerstraße 3 Schinken, 2 Schultern und 17 Mettwürste, und in der Nacht zum 3. ds. Mts. sind durch Zertrümmerung einer Ladenscheibe in der Fleischhauerstraße 2 photographische Apparate gestohlen worden. In derselben Nacht sind einem Anwohner der Hochstr. 4 Hühner gestohlen und an Ort und Stelle abgeschlachtet worden.

Sierksrade. Hier fand am Sonntag nachmittag 3 Uhr bei Gastwirt Steen eine öffentliche Wählerversammlung statt, die infolge mangelhafter Bekanntmachung sehr mäßig besucht war. Genosse Höhn-Lübeck sprach über die bevorstehende Bürgerschaftswahl. Er erläuterte die geleistete Arbeit der sozialdemokratischen Fraktion in der Bürgerschaft und behandelte ganz besonders die Sünden der Bürgerschaft in der Vorkriegszeit, sowie das schändliche Klassenwahlrecht. Der neuen Bürgerschaft ständen noch große Aufgaben bevor. Wer Fortschritt und Volkswohl will, dürfte am 10. Februar nur die Liste 2 Gustav Ehlers wählen. In der Diskussion sprachen der Kommunist Peters aus Rostock und der parteilose Frank jun., der ausschließlich für die Kommunisten sprach, um sich vielleicht wieder den Gefreitenknopf zu verdienen. Beide taten nichts weiter als über die sozialdemokratische Partei zu schimpfen. Dem Referenten war es leicht sie zu widerlegen. Ein Zwischenfall sei noch ganz besonders erwähnt. Als der Referent das Schlußwort sprach, wurde er von beiden Diskussionsrednern dauernd unterbrochen, bis es einem Versammlungsbesucher zuviel wurde. Er sprang auf und rief sie zur Ordnung. Als dann der eine den Zwischenruf machte, daß Scheidemann in Kassel im Schloß wohne, trat der betr. Versammlungsbesucher an den Kommunisten heran und fragte ihn so ganz trocken, wo denn seine Bonzen in Petersburg und Moskau wohnten? Das gab ein verdutztes Gesicht und ein klägliches Winseln bei dem Moskauer, der in Zukunft seinen losen Mund besser zügeln wird, um sich nicht zu blamieren.

-r. Cronsforde. Sonnabend abend fand im Gasthof zur Linde eine öffentliche Wählerversammlung, einberufen von unserer Partei, statt, die sich eines guten Besuches erfreute. Gen. Reisberger-Lübeck beleuchtete die Ursachen unserer Niederlage beim Volksentscheid, wobei er insbesondere den gemeinen und verlogenen, gut finanzierten Wahlkampf des Lübecker Bürgertums hervorhob. Anschließend behandelte Redner die einzelnen Parteien, die beim kommenden Wahlkampf um unsere Stimmen buhlen. An der Hand reichen Materials konnte er den Kommunisten ihre unehrliche Kampfesweise und ihr Paktieren mit den rechtsstehenden Parteien nachweisen. Sie sind, solange sie sich nicht auf den Boden der Wirklichkeit stellen, auf das schärfste zu bekämpfen. Die Mischmaschliste Thiel und Genossen, die Wahlrechträuber und Ausbeuter der arbeitenden Volksschichten erfuhr eine unnachsichtige Kritik. Desgleichen die Wahlwettern der Liste Thiel, die Auchdemokraten, die Hausbesitzervereinigung und die deutschvölkische Partei der Herren Fink und Wittern. Mit einem warmen Appel an die Anwesenden, durch eifrige Kleinarbeit dafür sorgen zu wollen, daß uns am 10. Februar ein glänzender Sieg beschieden ist, schloß R. seine mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen. In der Diskussion nahm der Kommunist Ahrens das Wort, um in seinen dreiviertelständigen Ausführungen unserer Partei unbegründete Vorwürfe aller möglichen Art zu machen. Bezeichnend war, daß er nicht mit einem Wort die bürgerlichen Parteien kritisierte (Ahrens meinte, weil keiner anwesend sei, hätte es keinen Zweck) desto mehr von Anfang bis zum Ende auf unsere Partei schimpfte, der er selbst 25 Jahre angehörte. In seinem Schlußwort beleuchtete Reisberger diesen merkwürdigen Arbeiterapostel gebührend und ermahnte die Anwesenden nicht nur dem Bürgertum, sondern auch diesen Schädlingen in der Arbeiterbewegung am 10. Februar die richtige Antwort zu geben.

-i. Wulfsdorf. Am Sonntag nachmittag fand in Wulfsdorf eine von der sozialdemokratischen Partei einberufene Wählerversammlung statt, die trotz der miserablen Wegeverhältnisse gut besucht war. Gen. A. Löwigt ging als Referent nochmals auf die Ursachen ein, die zum Volksentscheid geführt hätten und bedeutet, daß bei der Abstimmung kein besseres Resultat erzielt wurde. Diese Scharte müsse am 10. Februar wieder ausgewetzt werden. Der Redner behandelte dann näher die einzelnen Parteien, die sich um die Stimmen der Wähler bewerben. Es sei selbstverständlich, daß kein denkender Arbeiter, Beamter oder Angestellter diesen Parteien seine Stimme geben könne. Denn sie vertreten Alle nur die Interessen des Kapitals; ihr ganzes Bestreben sei die alte Vorherrschaft des Bürgertums wieder aufzurichten. Aber

---

Frau Regel Amrain und ihr Jüngster.

Erzählung von Gottfried Keller.

11. Fortsetzung.

Der bisher amtierende Herr Präsident aber war ein Gastwirt, welcher vor Jahren schon falliert hatte und seither die Wirtschaft auf Rechnung seiner Frau fortbetrieb. Hierin wurde er von seinen Mitbürgern reichlich unterstützt, da er ganz ihr Mann war, das große Wort zu führen wußte und bei allen Händeln als ein erfahrener Wirt auf dem Posten war. Daß er aber in Amt und Würden stand und hier den Wahlen präsidierte, gehörte zu jenen Sünden der Seldwyler, die sich zeitweise so lange anhäuften, bis ihnen die Regierung mit einer Untersuchung auf den Leib rückte. Die Landleute wußten teilweise wohl, daß es nicht ganz richtig war mit diesem Präsidenten, allein sie waren viel zu langsam und zu häcklich, als daß sie etwas gegen ihn unternommen hätten, und so hatte er sich bereits in einem Handumdrehen mit seinen drei oder vier Mitbürgern das Geschäft des Tages zugeeignet, als Fritz ankam. Dieser, als er das Häuflein rechtlicher Landleute sah, freute sich, wenigstens nicht ganz allein da zu sein, und es fuhr plötzlich ein unternehmender Geist in ihm, daß er unversehens das Wort verlangte und gegen den Präsidenten protestierte, da derselbe falliert und bürgerlich tot sei.

Dies war ein Donnerschlag aus heiterem Himmel. Der ansehnliche Gastwirt machte ein Gesicht, wie einer, der tausend Jahre begraben lag und wieder auferstanden ist; jedermann sah sich nach dem kühnen Redner um; aber die Sache war so kindlich einfach, daß auch nicht ein Laut dagegen ertönen konnte, in keiner Weise; nicht die leiseste Diskussion ließ sich eröffnen. Je unerhörter und unverhoffter das Ereignis war, um so begreiflicher und natürlicher erschien es jetzt, und je begreiflicher es erschien, um so zorniger und empörter waren die paar Seldwegler grade über diese Begreiflichkeit, über sich selbst, über den jungen Amrain, über die heimtückische Trivialität der Welt, welche das Unscheinbarste und Naheliegendste ergreift, um Große zu stürzen und die Verhältnisse umzukehren.

Der Herr Präsident Usurpator sagte nach einer minutenlangen Verblüffung, nach welcher er wieder so klug wie zu Anfang war, gar nichts, als: „Wenn — wenn man gegen meine Person Einwendungen — allerdings, ich werde mich nicht aufdringen, so ersuche ich die geehrte Versammlung, zu einer neuen Wahl des Präsidenten zu schreiten, und die Stimmenzähler, die betreffenden Stimmzettel auszuteilen." —

„Ihr habt überhaupt weder etwas vorzuschlagen hier, noch den Stimmenzähler etwas aufzutragen!" rief Fritz Amrain, und dem großen Magnaten und Gastwirt blieb nichts anderes übrig, als das Unerhörte abermals so begreiflich zu finden, daß es als Triviale grenzte, und ohne ein Wort weiter zu sagen, verließ er die Kirche, gefolgt von dem bestürzten Nachtwächter und den anderen Lumpen.

Nur der Schreiber blieb, um das Protokoll weiterzuführen, und Fritz Amrain begab sich in dessen Nähe und sah ihm auf die Finger. Die Bauern aber erholten sich endlich aus ihrer Verwunderung und benutzten die Gelegenheit, das Wahlgeschäft rasch zu beendigen und statt der bisherigen zwei Mitglieder zwei tüchtige Männer aus ihrer Gegend zu wählen, die sie schon lange gerne im Rate gesehen, wenn die Seldwyler ihnen irgend Raum gegönnt hätten.

Dies lag nun am wenigsten im Plane der nicht erschienenen Seldwyler; denn sie hatten sich doch gedacht, daß ihr Präsident und der Nachtwächter unfehlbar die alten zwei Popanze wählen würden, wie es auch ausgemacht war in einer flüchtigen Viertelstunde in irgendeinem Hinterstübchen. Wie erstaunten sie daher, als sie nun, durch den heimgeschickten falschen Präsidenten aufgeschreckt, in hellen Haufen daher gerannt kamen und das Protokoll rechtsträftig geschlossen fanden samt dem Resultat. Ruhig lächelnd gingen die Landleute auseinander; Fritz Amrain aber, welcher noch seiner Begrüßung schritt, wurde von den Bürgern aufgebracht, verlegen und wild höhnisch betrachtet, mit halbem Blicke oder weit aufgesperrten Augen. Der eine rief ein abgebrochenes Ha! der andere ein Ho! Fritz fühlte, daß er jetzt zum erstenmal wirkliche Feinde habe, und zwar gefährlicher als jene, gegen welche er einst mit Blei und Pulver ausgezogen. Auch wußte er, da er so unerbittlich über einen Mann gerichtet, der zwanzig Jahre älter war als er, daß er sich nun doppelt wehren müsse, selber nicht in die Grube zu fallen, und so hatte das Leben nun wieder ein ganz anderes Gesicht für ihn als noch vor kaum zwei Stunden.

Mit ernsten Gedanken trat er in sein Haus und gedachte, um sich aufzuheitern, seine Mutter zu prüfen, ob ihr diese Wendung der Dinge auch genehm sei, da sie ihn allein veranlaßt hätte, sich in die Gefahr zu begeben.

Allein da er den Hausflur betrat, kam ihm seine Mutter entgegen, fiel ihm weinend um den Hals und sagte nichts, als: „Dein Vater ist wiedergekommen!"

Da sie aber sah, daß ihn dieser Bericht noch verlegener und ungewisser machte, als sie selbst war, faßte sie sich, nachdem sie den Sohn an sich gedrückt hatte, und sagte: „Nun, er soll uns nichts anhaben! Sei nur freundlich gegen ihn, wie es einem Kinde zukommt!"

So hatten sich in der Tat die Dinge abermals verändert; noch vor wenigen Augenblicken, da er auf der Straße ging, schien es ihm höchst bedenklich, sich eine ganze Stadt verfeindet zu wissen, und jetzt, was war dies Bedenken gegen die Lage, urplötzlich sich einem Vater gegenüber zu sehen, den er nie gekannt, von dem er nur wußte, daß er ein eitler, wilder und leichtsinniger Mann war, der zudem die ganze Welt durchzogen während zwanzig Jahren und nun weiß der Himmel welch ein fremdartiger und erschrecklicher Kumpan sein mochte.

„Wo kommt er denn her? Was will er, wie sieht er denn aus? was will er denn?" sagte Fritz, und die Mutter erwiderte: „Er scheint irgendein Glück gemacht und was erschnappt zu haben und nun kommt er mit Gebärden dahergefahren, als ob er uns in Gnaden auffressen wollte! Fremd und wild sieht er aus, aber er ist der Alte, das hab' ich gleich gesehen."

Fritz war aber jetzt doch neugierig und ging festen Schrittes die Treppe hinauf und auf die Wohnstube zu, während die Mutter in die Küche huschte und auf einem anderen Wege fast gleichzeitig in die Stube trat; denn das dünkte sie nun der beste Lohn und Triumph für alle Mühsal, zu sehen, wie ihrem Manne der eigene Sohn, den sie erzogen, entgegentrat.

Als Fritz die Türe öffnete und eintrat, sah er einen großen schweren Mann am Tische sitzen, der ihm wohl er selbst zu sein schien, wenn er zwanzig Jahre älter wäre.

Der Fremde war fein aber unordentlich gekleidet, hatte etwas Ruhig-Trotziges in seinem Wesen und doch etwas Unstetes in seinem Blick, als er jetzt aufstand und ganz erschrocken sein junges Ebenbild eintreten sah, hoch aufgerichtet und nicht um eine Linie kürzer als er selbst. Aber um das Haupt des Jungen wehten starke goldene Locken, und während sein Angesicht ebenso ruhigtrotzig dreinsah, wie das des Alten, errötete er bei aller Kraft doch in Unschuld und Bescheidenheit.

(Schluß folgt.

Volk und Schule.

Ueber „Entschiedene Schulreform als Volkserziehungsaufgabe" sprach am Sonnabend einer der bedeutendsten Führer des Bundes entschiedener Schulreformer, Gen. Prof. Oestreich-Berlin, Herausgeber der „Neuen Erziehung". Die von der Gesellschaft für Erziehung und Unterricht berufene Versammlung füllte den größten Teil der Aula der Ernestinenschule. Der hochwichtige Vortrag hätte jeden nachdenkenden Freund der bitter notwendigen Schulreform locken sollen; erfreulicherweise waren auch führende Vertreter unserer Jugend erschienen. Kein Teilnehmer wird sich des starken Eindruckes= den diese Ausführungen des ausgezeichneten Sprechers auf die Versammlung machten, entziehen können. Der Vortragende beleuchtete zunächst das Schulelend unserer Zeit, das die Schule habe innerlich verarmen und veröden lassen. Das Bildungsziel ist völlig verdreht worden. Jede Schule, ob man sie höhere Schule, Einheitsschule oder sonstwie nenne, jede Schule, die das Heil in der Festlegung eines knebelnden starren Schulweges sieht, ist vom Uebel; das trifft in gleicher Weise die sogenannten „humanistischen" und „realistischen" Gymnasien ebenso wie die Oberreal-, Real-, Reform -und sonstigen Schulen und auch die „Gabelungen" und die sogenannte „deutsche Oberschule" können dieses Uebel nur noch vermehren! Es gilt, sich auf unsere gegenwärtige Zeit einzustellen und die anerkannten Forderungen der großen Volkserzieher, eines Pestalozzi, Fichte usw. auf sie anzuwenden: die Frage nach der „Menschen"bildung, nach dem Wachsenlassen vom eigenen Kerne aus statt Formpressung von der Peripherie aus. Jahrzehnte industriellen Rasens haben nur „Ausbildung" für den Erfolgsmenschen von Einkommen und möglichst hoher Stellung, nicht „Menschenbildung" im wahren Sinne des Wortes gebracht. Die rechte Erziehung soll die Persönlichkeit des Menschenkindes aufdecken und entfalten, seine inneren Veranlagungen gestalten und fördern usw. in der Gemeinschaft. Die Aufhebung der Berufs= und Standeskasten in der Erziehungsarbeit, die Frage nach der Leistung und dem Glück des Menschen auf Grund seiner natürlichen Veranlagung, die nur in sorgfältiger, vieljähriger Arbeit am Kinde gelöst werden kann, führen von den starren Schulen, deren Stoffen und Methoden sich der Schüler anpassen muß, zur elastischen Schule, die um einen für alle Schüler verbindlichen Stammunterricht wahlfreie Kurse gruppiert, zu einer Schule, die sich dem Schüler anpaßt. Die Schule muß sich weit ausbreiten und dem Leben öffnen, das pulsende Leben von heute umfassen. Der große Philosoph Paulsen sprach einmal das treffende Wort: Die Fremdheit der höheren Bildung gegen das Volk und seine geistige Welt ist, wenn nicht eine gewollte so doch eine tatsächliche Wirkung der klassischen Bildung. Der Gelehrtendünkel zog aus ihr Nahrung: Wer nicht Latein kann, der hat in menschlichen und göttlichen Dingen kein Urteil." Diese gerechte Verurteilung der Ueberheblichkeit trifft nicht nur die Lateinschulen, sondern schlechthin die Ueberschätzung der fremdsprachlichen Bildung. Dieser verhängnisvolle „Bruch" muß zugeschüttet werden: Ein Volk ist vonnöten! Dazu muß die Schule sich von Grund auf umstellen! Sie muß statt des bisherigen „Betriebs" eine Lebensform werden, sie kann das aber nur, wenn sie sich mit Familie (Elternschaft) und Berufsleben durchflutet. Diese neue Schule erfordert die Selbstverwaltung, d. h. die demokratische Verfassung der Schule, in der jedes Mitglied des Lehrkörpers die volle Mitverantwortung trägt und frei von Schablone zum Wohle der ihm anvertrauten Kinder arbeiten kann; die neue Schule aber kann nicht zu ihrem Ziele führen, wenn nicht auch die Elternschaft als mitbestimmender Faktor anerkannt wird. So wird die in festen und starren Strängen äußerlich differenzierte jetzige Standes=, Lern= und Klassenschule abgebaut werden müssen und die eine große Schule des Volkes, die Arbeits= und Lebensschule, die Schule des Jugendleben, an ihre Stelle treten; deshalb streben die entschiedenen Schulreformer zur „produktiven Lebensschule" als sozialer Anstalt, die allen „Begabungen" nach Richtung und Grad gerecht wird, die nicht durch einseitige intellektuelle Auslese, wie es jetzt bei der schiefen Einheitsschule zu befürchten steht, „Geistesaristokraten" vom angeblichen „Geistesmob" trennt, sondern Handarbeit und „Geist" zueinander führt, beide befreiend. Die neue Schule, die uns erst als wahre Einheitsschule zum Volk in der Menschheit verbinden wird. Kommt diese Schule nicht, so ist der Verfall besiegelt.

An die lebendigen und mit starkem Beifall aufgenommenen Ausführungen des Referenten knüpfte sich eine rege Diskussion, an der sich begreifenswerterweise die erschienenen Gegner nicht zu beteiligen wagten. Auch die Bekämpfer des Gesetzentwurfes über die Schulselbstverwaltung schwiegen beharrlich. Herr Lehrer Grube und Prof. Schomburg sprachen über die Gemeinschaftsschule und ihre hohe Bedeutung für das hier gesteckte große Ziel; Herr Grube stellte ferner einige Fragen an den Referenten hinsichtlich der Produktionsschule. Studienrätin Jacobi ergänzte diese Fragen hinsichtlich der Lehrbücher des Kernunterrichts. Herr Lau sprach zur Frage der Elternräte. Direktor Dr. Pieth wies darauf hin, daß die Fragen der Selbstverwaltung und der Elternräte, die der Redner mit Recht als ein Kernstück der Verwaltung der neuen Schule bezeichnet habe, hier besondere Aufmerksamkeit schon deshalb finde, weil jetzt der Bürgerschaftsausschuß für Unterricht, Kunst und Wissenschaft bekanntlich einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlege; er bat den Referenten, auf diese Frage im Schlußwort noch näher einzugehen. Dir. Dr. Schwarz, der die Versammlung leitete, regte die Erörterung der Frage an, ob der Schulelternrat in gemeinsamer direkter Wahl von allen Eltern der betr. Schule gewählt werden solle oder ob er sich nicht vielmehr aus Vertretern der Klassenelterngemeinschaften zusammensetzen solle. Der Referent stellte in seinem ausführlichen Schlußwort die völlige Uebereinstimmung mit den Vertretern der Gemeinschaftsschule fest, es sei dabei jedoch zu vermeiden, daß das übrige Schulwesen daneben weiter stagniere. Hinsichtlich der Elternräte müsse unbedingt der direkten allgemeinen Wahl für die ganze Schule der Vorzug gegeben werden. Nur ein solcher Elternrat habe das schulpolitische Gewicht, das dem Elternrat zukomme. Daneben könnten die Klassenelterngemeinschaften ohne Zweifel in ihrem doch sehr begrenzten Wirkungskreise schulpädagogisch segensreich wirken. Der Schulelternrat, wie er im Lübecker Gesetzentwurf vorgesehen sei, weise die notwendige und richtige Struktur an. Die Wahlvorschläge seien unter solchen Gesichtspunkten aufzustellen, die den Aufgaben der Schule Rechnung tragen (z. B. Liste „Für entschiedene Schulreform"). Der Referent ging dann auf den Lübecker Gesetzentwurf betreffend die Selbstverwaltung und die Elternräte ein, den eingehend durchzusehen er in den letzten Tagen Gelegenheit gehabt habe, und erklärte, er sei von diesem Gesetzentwurfe geradezu entzückt; in einigen weniger wichtigen Punkten, wie der hier vorgesehenen Beteiligung aus von Lehrervertretern am Elternrate, ging er und seine Arbeitsfreunde zwar weiter, indem sie den Elternrat nur aus Elternvertretern bestehen lassen wollen; aber diese kaum ein bis zwei Prozent betragenden Unterschiede in der Einstellung fielen bei der Gesamtbeurteilung dieses Gesetzentwurfes nicht ins Gewicht. — Die fesselnden Erörterungen hielten die Versammlung bis in die zwölfte Stunde des Abends beisammen. Im Anschluß an diese bedeutsamte Kundgebung wurde auch hier in Lübeck die Einrichtung einer **Ortsgruppe des bereits 7000 aktive Mitglieder umfassenden „Bundes entschiedener Schulreformer" in die Wege geleitet.** In einem Vorraum war eine reiche Auswahl von Schriften über Entschiedene Schulreform zum Verkauf ausgestellt. Wie wir hören, beabsichtigt die Stadtbibliothek die Hauptschriften, soweit sie sie noch nicht besitzt, für ihre pädagogische Abteilung zu erwerben.

auch mit den Kommunisten sei zurzeit ein Zusammengehen unmöglich, solange sie sich nicht auf ein Programm mit uns verständigen, das auch wirklich durchführbar sei und so lange sie uns nicht die Garantie geben könnten, daß sie auch gewillt seien, ihre Abmachungen zu halten. An der Diskussion beteiligten sich nur die beiden Kommunisten Schrader und Bartsch: sie sagten ihren bekannten Spruch auf, nachdem an dem ganzen Elend nur die Sozialdemokraten schuld sind. Die Führer sind Verräter und Schwindler, sie hätten rechtzeitig die Arbeiter in den Generalstreik führen müssen, nur der bewaffnete Aufstand könne uns heute noch retten. Bezeichnend war, daß gegen die bürgerlichen Parteien kein Wort gesagt wurde „daß hätte ja schon der Referent getan". — Es war dem Gen. Löwigt ein leichtes in seinem Schlußwort die Behauptungen der K.P.D. auf das richtige Maß zurückzuführen und ihnen nachzuweisen, daß sie durch ihrer Tätigkeit innerhalb der Arbeiterbewegung nur dem Kapitalismus gedient haben. Wie unangenehm ihnen dies war, geht daraus hervor, daß sie einen großen Radau aufführten, um dadurch den Referenten aus dem Konzept zu bringen. Allerdings ohne Erfolg. Mit der Aufforderung, am 10. Februar rechtzeitig zur Wahl zu gehen und die Liste G. Ehlers zu wählen, wurde die Versammlung geschlossen.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Sozialdem. Verein, Vorwerk. Mittwoch, den 6. Februar, abends 7½ Uhr im Gasthaus Vorwerk. Redner: Gen. Wolfradt.

Sozialdem. Verein, I. Distrikt. Donnerstag, den 7. Februar, abends 7½ Uhr bei Stallbaum, Dankwartsgrube. Alle tätigen Genossen haben zu erscheinen.

Der Distriktsführer:
W. Beckmann.

Achtung Erwerbslose. Mittwoch, den 6. Februar, 10 Uhr morgens: Versammlung der V.S.P.D.-Fraktion der Erwerbslosen im Gewerkschaftshaus.

Stadttheater: Mittwoch zum ersten Mal „Romeo und Julia" von W. Shakespeare. Donnerstag Verdis Rigoletto. Freitag Erstaufführung von Tschaikowskys: „Pique Dame."

Hansa-Theater. Die gestrige Aufführung von der Lübecker Lokal-Operette „Muschi" war wiederum vor voll besetztem Hause ein großer Erfolg und wird nur noch einige Tage auf dem Spielplan bleiben.

Angrenzende Gebiete.

w. **Stockelsdorf.** Gegen den Schulabbau. Auf Veranlassung des Schulvorstandes wurden zu Donnerstag abend Elternversammlungen in den Schulen der Gemeinde Stockelsdorf einberufen. Diese nahmen Stellung zu der kulturfeindlichen Maßnahme des schematischen Schulabbaues, die das Wohl unserer Jugend und somit die Zukunft unseres Volkes bedroht. Es wurde in scharfer Weise gegen jeglichen Schulabbau protestiert. Die zahlreich besuchte Elternversammlung in der Schule zu Stockelsdorf faßte einstimmig folgende Entschließung: „Die Unterzeichneten erheben schärfsten Einspruch gegen einen Schulabbau, der die körperliche, geistige und sittliche Ausbildung unserer Kinder und damit die Zukunft unseres Volkes verfehlten Sparmaßnahmen opfert. Wir fordern vielmehr einen Schulausbau, der die sicherste Grundlage für die Gesundung unseres Staates bildet, zumal von dem Abbau mehr Lehrer betroffen werden, als nach dem Stande von 1914 beschäftigt waren, und auf unsere besonderen Verhältnisse im Landesteil Lübeck keine Rücksicht genommen wird."

Eutin. Feuer. Wieder einmal wurde unsere Einwohnerschaft am Sonnabend abend durch Feuerlarm aufgeschreckt; es brannte die dem Händler Bendt (früher Gloe) gehörige in Quisdorf an der Masenfelder Chaussee gelegene Drei-Familienkate in kürzester Zeit total nieder; der kolossale Sturm in jener Nacht verursachte ein überaus starkes Flammfeuer. Ueber die Entstehung des Brandes verlauter noch nichts bestimmtes.

Kiel. Svaren am verkehrten Ende. Der in Kiel bereits zum Ostertermin 1920 begonnene und mit Abschluß des Schuljahres 1921/22 beendete Abbau der Vorschulen zusammen mit den Folgen des Geburtenrückgangs wirkt sich jetzt in Gemeinschaft mit der Festsetzung der Durchschnittsschülerzahl auf 45 je Klasse und dem Schulabbau dahin aus, daß zu Ostern 1924 durch Verlegung und Zusammenlegungen nicht weniger als vier Schulgebäude vollständig freigemacht werden können. Beabsichtigt wird, einen Teil der Räume der Erwerbslosen-Fürsorge zu Bürozwecken usw. zur Verfügung zu stellen.

Der Kommunistenschwindel in Schwartau.

Schwartau-Rensefeld, 3. Februar. Unter fetter Ueberschrift „Kommunistischer Erfolg im Konsumverein" bringt „Der Kommunist" Nr. 3 einen Sensationsartikel nach der üblichen Sorte Moskaus. Der verantwortliche Redakteur dieser Weltzeitung hat es jedoch vorgezogen, unter diesen Verleumdungsartikel à la Moskau, seinen Gewährsmann fehlen zu lassen. Wir wollen nur einmal diesen Bericht etwas zurechtlegen um der Arbeiterschaft nochmals zu zeigen, wie die kommunistischen Erfolge dieser Art aussehen! Der Konsumverein hielt für die Abgabestelle Schwartau und Rensefeld seine Bezirksversammlung mit nachfolgender Vertreterwahl ab. Die Kommunisten hatten ihre letzten Mannen herangeschleift mit Frau, Tochter und sonstigen Familienangehörigen. Ihre Vorgänger schwangen die üblichen Tiraden der „Moskauer Walzen". Die Maulhelden hatten die angebliche Ueberzeugung, daß der Ausbau der Genossenschaft nach Moskauer Art nur durch das Absingen des üblichen Schwadroneurtones unbedingt möglich sei. Und es wurden Schmerzenstöne gesungen über die „angeblich verlorenen 30 Mk. durch Beschluß der Vertreterversammlung, und den Hinauswurf ihres Parteifreundes Löwrik aus dem Aufsichtsrat. Herr E. Matthies konnte garnicht genug betonen, daß der Vorstand dieses zugelassen hatte. Jedoch auf Befehl des „Lübecker Höchstkommandierenden" sollte dieses nach echt kommunistischer Art ausgeglichen werden. Die Wahl der Vertreter stand bevor. Genosse Pactau verlangte getrennte übersichtliche Abstimmung für jede Verkaufsstelle und hob hervor, da die Versammlungsleitung keine einwandsfreie Uebersicht über die Wahl habe, werde er gegen die Wahlhandlung Protest einlegen. Große Entrüstung bei den Kommunisten! Erregte Geschäftsordnung debatte setzte ein. Und das vom Genossen Pactau im voraus angesagte Kasperletheater begann. Man kümmerte sich nicht um Wahlrecht und Gebrauch. Man verteilte Stimmzettel ohne Kontrolle der Mitgliedschaft des einzelnen auch noch beim Einsammeln unter den kommunistischen Freunden. Man rief hin und her, und als der Hut bis an den Rand gefüllt war, war der „kommunistische Erfolg" da. Alleine Schwartau, wo nur **20** stimmberechtigte Mitglieder höchstens anwesend waren, erbrachte eine Stimmenzahl von 130 Stimmen, statt **20.** Das ist eben „der kommunistische Erfolg". Und diese Heilsapostel von der Sorte eines Matthies, Schulz usw. glauben in ihrer Naivität, daß sich dieses famose Wahlresultat selbstverständlich alle Andersdenkenden gefallen lassen. Nein, meine Herren, „Leuchten der K.P.D.", wir werden uns in dieser Angelegenheit noch einmal und jedenfalls gründlich unterhalten können. Man empfiehlt auch zu gleicher Zeit „den errungenen kommunistischen Erfolg" in Lübeck zur Anwendung zu bringen. Also, Genossenschaftler, wenn Ihr Eure so schwer errichteten Genossenschaften nicht der „Kommunistischen Partei" preisgeben wollt, die Euch dafür einen Schutthaufen überliefert zur Liebe für ihre Freunde von Rechts, dann erscheint in den Bezirksversammlungen und zeigt den „Erfolg"-kommunisten und ihrem halbstarken Anhang, wo der Zimmermann das Loch gelassen hat.

*

Betreffs des Metallarbeiterverbandes (Ortskartell usw.) möchten wir den „Wiederaufbauern der Gewerkschaften" empfehlen, sich erst einmal das Statut ihres Verbandes und des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes anzusehen. Dann werden sie vielleicht, wenn sie aus den jetzigen Kinderschuhen doch noch in ihrem Leben herauskommen, zu der Ueberzeugung gebracht werden können, daß die Metallarbeiterhauptversammlung, die auch über das winzige Schwartau entscheidet, in Lübeck seit 1919 abgehalten wird. Ach, die kommunistischen Brüder haben doch erst vor wenigen Wochen hinreichend von ihrem „kommunistischen Wahlrecht" dort Gebrauch gemacht. Doch im übrigen halten wir an dem alten Sprichwort fest:

„Wer Dreck anfäßt, besudelt sich".

Unsere lieben Herren von der K.P.D., sorgt dafür, bevor ihr Kindergeschichten in das „Zentralorgan eures Bundes für Lübeck" bringt, daß euer „kommunistisches Erfolgsmitglied" Bicht nicht in einer Zeit, wo tausende Erwerbslose das Straßenpflaster zieren, dem Kapitalismus zu Liebe 16 Stunden pro Tag (bis vor kurzem auf den Honigwerken) arbeitet. Und daß euer Heilsapostel Schulz nicht seine Frau 9 Stunden pro Tag in die Büttenfabrik am Orte sendet und wochenlang nicht einmal Mitglied einer zuständigen Organisation ist, bis der Holzarbeiterverband sich gezwungen sieht, auch hier den „aufgeklärten Kommunisten" einen Aufnahmeschein in die Hand zu drücken. Wir raten euch, wenn ihr schmutzige Wäsche waschen wollt, sucht sie bei euch selber. Bei uns ist zum Kinderwäsche waschen kein Platz. Sonst könnte es für euch ein trostloses Erwachen geben. In Zukunft halten wir uns zu gut, eurem naiven Artikelschreiber eine Antwort zu verlieren.

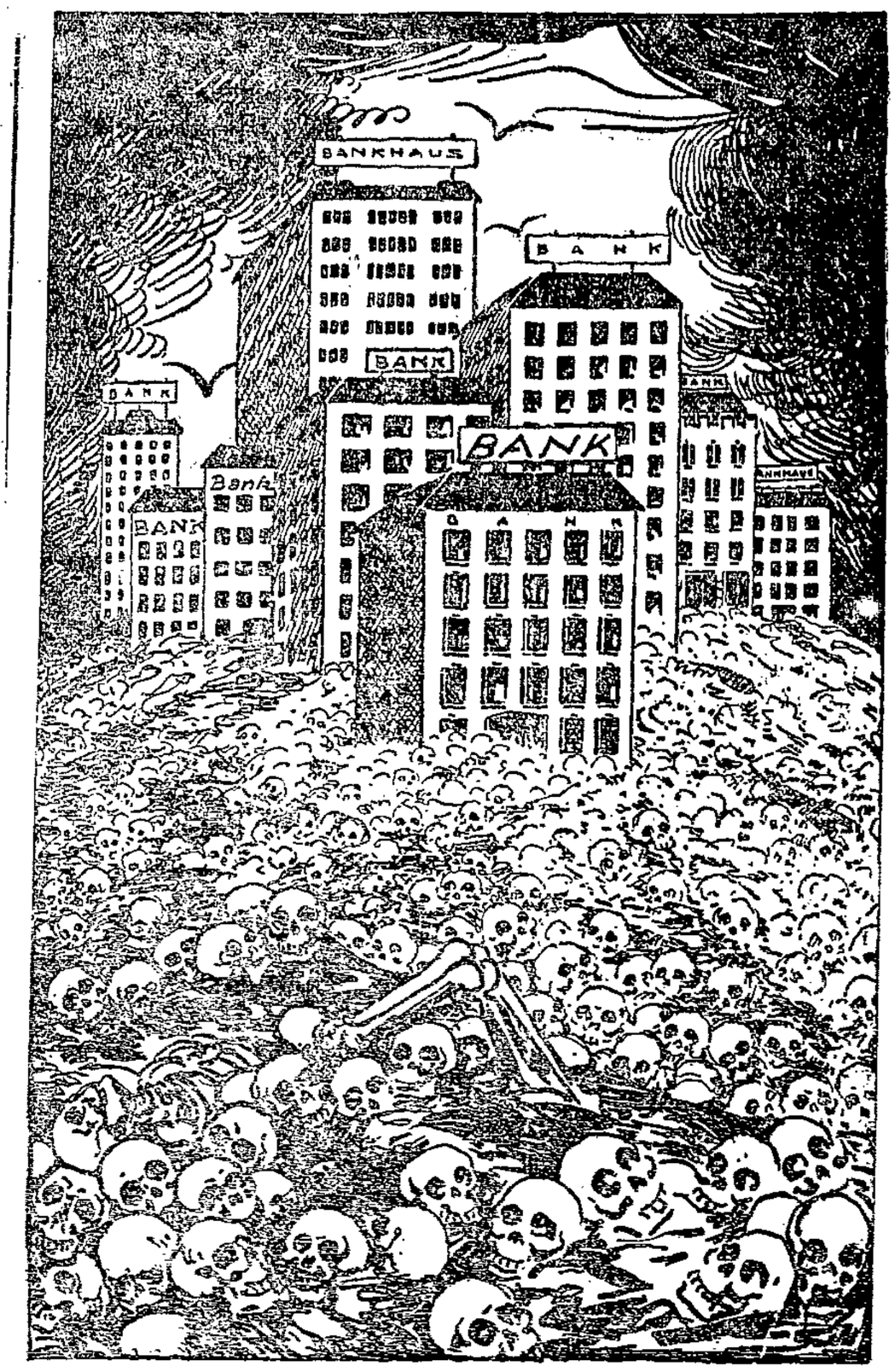
Ketelhohn. Paetau.

Zur Lohnbewegung der Landarbeiter.

Die Verhandlungen gescheitert.

Die am Mittwoch, dem 30. Januar stattgefundenen Lohn- und Tarifverhandlungen für die Landwirtschaft, ist erneut gescheitert. Die Arbeitgeber hatten zum Tarifabschluß für fast jeden Paragraphen Abänderungsvorschläge eingereicht, über die zum Teil, so weit sie sich auf den allgemeinen Rahmen des Tarifes bezogen, eine Verständigung herbeigeführt wurde. Ueber die Frage der Arbeitszeit, des Arbeitslohnes und des Urlaubes wurde auch in dieser Verhandlung keine Verständigung erzielt. Die Arbeitgeber verharrten ursprünglich auf ihre alten Forderungen, die sie mit aller Energie vertraten, wobei sie darauf hinwiesen, daß einzelne Kollegen in der Provinz mit ihnen Sonderverträge abgeschlossen hätten. Aus diesem Grunde seien sie der Meinung, daß das Angebot für die Arbeitnehmerschaft tragbar wäre. Die Lohnkommission führte den Arbeitgebern vor Augen, daß eine Durchführung ihrer Vorschläge vollständig unmöglich sei und den wirtschaftlichen Ruin der Landarbeiterschaft mit sich bringen und darüber hinaus zum Ruin der gesamten Landwirtschaft führen würde, weil eine Arbeiterschaft, die nicht in der Lage ist, ihr Leben zu fristen, produktionsfördernde Arbeit nicht leisten kann. Ganz zum Schluß ließen die Arbeitgeber durchblicken, daß sie vielleicht einige kleine Zugeständnisse machen würden. Die Lohnkommission führte den Arbeitgebern weiter vor Augen, daß auch die Kollegen, die aus Unkenntnis auf eine Sondervereinbarung eingegangen sind, sich heute schon darüber klar wären, daß sie sich außerordentlich verschlechtert haben. Den Beweis hierfür geben die bei der Gauleitung des Deutschen Landarbeiter-Verbandes eingegangenen Schreiben, von denen wir nur eins der Allgemeinheit mitteilen wollen:

„Werter Kollege! Teilen Dir hierdurch mit und sprechen gleichzeitig unser Bedauern aus, daß wir in die Falle unserer Arbeitgeber geraten sind. In dem Fall, daß wir jetzt schon einen Tarif ohne Verhandlungen abgeschlossen, haben wir uns verschlechtert. Die Herren glauben, dadurch unseren Verband zu schädigen, was ihnen wohl nicht gelingen wird. Wir werden unserer Organisation jetzt genau so wie vorher treu zur Seite stehen. Wir hoffen doch, daß Ihr baldigst Besserung schaffen werdet." — Aus diesem Schreiben folgert auch, daß die Arbeitnehmerschaft in dem Moment, wo für sie die Situation günstiger wird, die heute auferlegten Fesseln abstreifen werden und dann eine Beunruhigung in die Landwirtschaft hineingetragen wird, die letzten Endes auf die Machinationen der Arbeitgeber zurückzuführen ist. Die Lohnkommission erklärte den Arbeitgebern weiter, daß sie ebenfalls an ihren Forderungen festhalte, sie aber bereit wäre, sich auf der Grundlage des bisherigen Tarifes zu verständigen und erklärte in der Arbeitszeitfrage ganz besonders, daß sie den Standpunkt vertrete, daß die bisher tariflich festgesetzte Arbeitszeit als Grundlage beibehalten werden müsse, sie darüber hinaus unbedingt dafür Sorge tragen würde, daß überall dort, wo die Arbeiten in dem Betriebe zurück sind, Ueberstunden geleistet werden, um die Saat und sonstigen Bestellarbeiten zu Ende zu bringen. Sie bewies damit, daß sie unter allen Umständen von dem Gedanken beseelt ist, die Produktion zu heben und zu fördern. Die Arbeitgeber glaubten, sich mit diesem Entgegenkommen nicht zufrieden geben zu können und mußten deswegen die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen werden. Die Arbeitgeber vertraten immer wieder den Standpunkt, daß ihr ursprüngliches Lohnangebot ein annehmbares sei. Sie haben auch in den verschiedenen Kreispressen den Standpunkt vertreten, daß ihr Angebot eine Verdoppelung des bisherigen Barstundenlohnes bedeute. Wie es in Wirklichkeit aussieht, hat die Lohnkommission bei der Verhandlung den Arbeitgebern gesagt und dabei die eigenen Angaben der Arbeitgeber als Material benutzt. Die Arbeitgeber bieten 10 Pfennige Barlohn pro Stunde und wollen dafür das Deputat kürzen und die Arbeitszeit verlängern. Wie sie dieses Deputat einschätzen, zeigt ein Auszug aus dem Schreiben des Herrn Steen, Rittergut Kupin, an seinen Betriebsrat, welches folgendermaßen lautet: „Der Wert des gekürzten Deputats ist 3½ Pfennige und der der Arbeitszeit 1 Pfg. pro Stunde." Hieraus ersieht jeder, daß im allerhöchsten Falle die horrende Zulage der Arbeitgeber 1 Pfennig vom Gesamtstundenlohn ausmacht, da der Deputatwert um die Summe von 3½ Pfennigen gekürzt werden muß. Trotz aller Argumente der Lohnkommission war es nicht möglich, zu einem Ergebnis zu kommen. Damit zeigten die Arbeitgeber wieder, daß ihnen unter allen Umständen darum zu tun ist, ihr Prinzip auf Verlängerung der Arbeitszeit und Verkürzung des Deputats zur Durchführung zu bringen. Mit dieser Prinzipienreiterei wird man aber bei der Landarbeiterschaft keinen Erfolg haben, wenn die aus dem Gang dieser Verhandlung ganz besonders erkennen, daß es notwendig ist, einig und geschlossen zusammenzustehen. Die Lohnkommission machte die Arbeitgeber weiter darauf aufmerksam, daß es notwendig sei, Arbeitslose der Landwirtschaft zuzuführen und brüstete sich ganz besonders darauf, daß in der Verhandlung der Herr Beeck als Vertreter des Kreises Pinneberg erklärte, daß die Landwirtschaft von Arbeitslosen überlaufen würde. Diese Ausführungen zeigten uns auch, daß sich die Arbeitgeber drehen können wie der Wind, denn wenn man vor ganz kurzer Zeit las, daß in der ganzen Provinz der Bauernverein gegen den Abzug für die Erwerbslosenversicherung Sturm lief und gerade hier das Argument anführte, daß es in der Landwirtschaft keine Erwerbslosen gibt, und man bei der Verhandlung wieder hören muß, daß die Mitglieder des Bauernvereins von Arbeitslosen überlaufen werden, muß man sich wirklich wundern. Am Schluß der Verhandlung erklärten die Arbeitgeber, die Roggenquanten dann, wie bereits angeboten, zu erhöhen für die Zeit bis zum 1. April. Die Lohnkommission erklärte, daß sie gegen eine Anzahlung der erhöhten Roggenquanten nichts einzuwenden hätte und machte den Vorschlag, daß für die weitere Zukunft bei der Berechnung der Barlöhne der bisherige Satz von 7,50 Mk. als Grundlage genommen werden soll. Die Arbeitgeber erklärten sich damit einverstanden, die Berechnung der Januarmonatslöhne nach dieser Grundlage



Ueber Leichen

führt der Weg des Kapitalismus. Er schreitet über das Elend hinweg und kennt nur ein Ziel — den Profit. — Der Kapitalismus hat den Krieg geschaffen und den ungeheuerlichen Totenberg. Die Rechtsparteien sind die politischen Vertretungen der Kapitalisten, der Kriegshetzer, Volksunterdrücker.

✦

Wähler! Wählerin!

Willst Du die Parteien, die Dich ins Elend jagten, mit Deiner Stimme unterstützen? **Nein!** Dann

wähle sozialdemokratisch — die Liste Ehlers!

vorzunehmen. Im übrigen müßte sie aber eine Verständigung über die Frage ablehnen und ließen dabei durchblicken, daß sie hier und da den Arbeitern freiwillig entgegenkommen würden. Die Vertreter der Arbeitgeber erklärten, daß, falls die Lohnkommission sich mit der Erhöhung der Roggenquanten nicht einverstanden erklärt hätte, sie ohne weiteres überall den Lohn zur Auszahlung bringen würden. Sie bewiesen damit, daß tarifliche Bestimmungen für Arbeitgeber nicht bestehen, wenn ihnen diese nicht passen. Die Landarbeiterschaft muß aus diesem erkennen, daß das oberste Prinzip der Arbeitgeber ist: Teile und Herrsche! Sie glauben, wenn sie der Landarbeiterschaft heute Brocken vorwerfen, später herrschen zu können, wie in der Vorkriegszeit. Wenn dieses unterbunden werden soll, ist es notwendig, daß sich kein Betrieb auf irgendwelche Sondervereinbarungen mit den Arbeitgebern einläßt. Nur wenn die bisherige Einigkeit weiterbestehen bleibt, wird die Lohnkommission in der Lage sein, die gerechten Wünsche der Arbeitnehmerschaft zur Durchführung zu bringen. Die Landarbeiterschaft kann, wenn sie einig bleibt, ruhig die Entwicklung der Dinge abwarten und wird bei ruhigem Abwarten den Arbeitgebern den Beweis bringen, daß sie aus der Vergangenheit gelernt hat. Sie wird den Arbeitgebern zeigen, daß es auch für diese notwendig ist, sich in den Rahmen der neuen Zeit hineinzupassen.

Die Gauleitung des Deutschen Landarbeiter-Verbandes.

Gewerkschaften.

Was geschieht gegen die Arbeitslosigkeit! Die Regierung hat vom Reichstag durch ein besonderes Ermächtigungsgesetz sich Vollmachten erteilen lassen, um alle Maßnahmen unverzüglich treffen zu können, die zur Beseitigung dringendster Notstände erforderlich sind. Die Dauer dieses Ermächtigungsgesetzes läuft am 15. Februar ab, ohne daß von der Regierung bisher die Maßnahmen getroffen worden wären, die die wirtschaftliche und finanzielle Not erfordern. Die dritte Steuernotverordnung ist noch immer nicht veröffentlicht und nichts, rein gar nichts ist geschehen, um der ungeheuren Arbeitslosigkeit zu steuern.

Man hat wohl den Achtstundentag durch die berüchtigte Arbeitszeitverordnung durchlöchert und dadurch im ganzen Reiche Wirtschaftskämpfe heraufbeschworen; man hat durch die Verlängerung der Arbeitszeit der Beamten, den Beamtenabbau und die Reduzierung der Bezüge der vom Reich, den Ländern und Gemeinden Beschäftigten der Privatindustrie das Stichwort für ihre Politik gegeben und zugleich ihr eine Reservearmee von annähernd 500 000 Köpfen geliefert; irgendwelche Maßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft sind bisher weder getroffen noch offenbar geplant worden. Oder betrachtet man die Abkommandierung von Arbeitslosen zum Schneeschippen und ähnlichen unbezahlten Zwangsarbeiten zur Steuerung der wirtschaftlichen Not und der Not der Erwerbslosen?

Die Gewerkschaften haben wiederholt und dringend die Regierung auf die Notwendigkeit und Dringlichkeit öffentlicher Notstandsarbeiten aufmerksam gemacht. Sie haben ganz konkrete Vorschläge gemacht über die Kreditbeschaffung, die heute sicherlich keine Schwierigkeiten bieten und den Staat in keiner Weise belasten, im Gegenteil seine Einnahmen an Steuern erhöhen und seine Ausgaben zur Erwerbslosenfürsorge herabmindern würden. Zur Behebung der Wohnungsnot sind gleichfalls bestimmte Vorschläge gemacht worden. Was man über die Pläne des Reichsfinanzministeriums in dieser Frage bisher gehört hat, ist so verhängnisvoll für die Wirtschaft, so unmöglich für die Mieter, daß man in der Reichsregierung offenbar vor der Zustimmung zu diesen Plänen zurückschreckt. Man scheint sich also auf eine mittlere Linie der Untätigkeit und des Fortwurstelns zusammengefunden zu haben.

So kann es auf keinen Fall weitergehen. Der Reichstag hat der Regierung nicht die außerordentlichen Vollmachten erteilt, damit sie unsere Rechtsprechung verkehrt, sondern um Maßnahmen zur Abstellung dringender Notstände zu ergreifen. Was geschieht gegen die Arbeitslosigkeit?

*

Der Afa-Bund hatte bereits am 4. Januar d. J. auf Grund von Beschlüssen seines Bundesausschusses allen beteiligten Ministerien der Reichsregierung einen **Gesamtplan zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit** unterbreitet, der auch schon im „Vorwärts" eingehend besprochen worden ist. Es darf daran erinnert werden, daß in diesem Plan insbesondere die Wege zur **Beschaffung neuer Arbeitsgelegenheit** aufgezeichnet waren.

Am 18. Januar ist dem Afa-Bund vom Reichsfinanzminister mitgeteilt worden, daß er die ihm übermittelten Anregungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit an den für diese Frage zunächst ressortmäßig zuständigen Reichsarbeitsminister weitergeleitet habe. Der Afa-Bund hat sich mit diesem reichlich bureaukratischen Bescheid nicht abgefunden, sondern nunmehr den Herrn Reichskanzler gebeten, eine **Stellungnahme des Kabinetts** herbeizuführen.

Es geht auch wirklich nicht an, daß die Reichsregierung gegenüber der furchtbaren Not der Erwerbslosen und dem großen Umfang der Arbeitslosigkeit weiterhin passiv bleibt, denn die Frage von der Bedeutung des Arbeitslosenproblems wirklich zu ressortmäßigen Erwägungen reichen bekanntlich nicht aus, um eine Frage von der Bedeutung des Arbeitslosenproblems zu lösen. In anderen Ländern konzentrieren die Staatsmänner ihre ganze Kraft darauf, die Arbeitslosigkeit durch großzügige Maßnahmen zu bekämpfen. Bei uns geben die verantwortlichen Stellen der Reichsregierung immer noch nichtssagende Bescheide über die Ressortzuständigkeit.

Vermischte Nachrichten.

Ein Massenmörder. Der kürzlich in Moosburg verhaftete Schlosser Klagerbauer, der bereits drei von ihm ausgeführte Raubmorde eingestanden hat, erweiterte jetzt im Landshuter Gefängnis sein Geständnis dahin, **daß er noch vier Morde und eine Brandstiftung verübt hat.** Ueber einen fünften Mord sind die Aussagen noch unklar. Als Motiv für seine Mordtaten gibt Klagerbauer an, daß er Geld gebraucht habe.

Morphiumdiebstahl. Durch Einbruch in eine chemische **Fabrik** in Berlin wurden 85 Kilogramm Morphium gestohlen. Das Morphium war für die Ausfuhr nach China bestimmt. Als die Verladung vorgenommen werden sollte, wurden die Behälter erbrochen und ausgeleert vorgefunden. Die gestohlene Ware repräsentiert einen Wert von 60 000 Goldmark.

Riesenfälschungen von tschechischen Banknoten. Aus Klingenthal, Sa., wird berichtet: Einer umfangreichen Fälschung von Tausendkronenscheinen ist man im hiesigen Grenzbezirk auf die Spur gekommen. In Falkenau (Tschechoslowakei) hatte der Graslitzer Gastwirt Wenzel Kohlert eine Schuld mit Tausendkronenscheinen bezahlt, die bald darauf als Falsifikate festgestellt wurden. Der Herstellungsort der Falsifikate ist Schneeberg-Neustädtel im sächsischen Erzgebirge, wo in der Steindruckerei **Starke** das gesamte Druckmaterial und die noch verhandenen Scheine beschlagnahmt werden konnten. Die Herstellung der falschen Scheine wurde seit ungefähr 14 Tage vor Weihnachten betrieben. Die Fälschung war so gut gelungen, daß selbst ein Sachverständiger des Prager Finanzministeriums erklärte, daß die Noten fachmännisch einwandfrei hergestellt seien.

Theater und Musik.

Stadttheater.

„Zar und Zimmermann". Komische Oper von Albert Lortzing.

Nach langer Zeit stand der jetzt am Frankfurter Opernhaus so erfolgreich tätige Herr v. Schenk wieder einmal auf den Brettern, die ihm vor Jahren zu seinen Triumphen gedient hatten: sein Ochs auf Lerchenau, sein Ratsdiener Lampe in „Versiegelt" (seine Oper, die man seltsamerweise in Lübeck nicht mehr zu hören bekommt), sein Baculus und nicht zuletzt der Bürgermeister van Bett sind hier unvergessen; und so ließ man sich am Sonnabend wieder fröhlich von den mitreißenden Wellen dieser humorvollen, einzigartigen Leistung tragen. Dieses satte, behaglich schmatzende und schmunzelnde Bürgermeisterlein hat etwas von der derb strotzenden Lebenslust und Lebenskraft der alten niederländischen Meister; blickt man in dieses weingerötete, von pfiffigen Aeuglein belebte Gesicht, man muß lachen, ob man will oder nicht. — Und sie wollten es alle; denn eben dem burlesken Spaß, den der Künstler instinktsicher handhabt, weiß er alle Register der prächtigen Stimme humorvollen Unterton zu geben, und was sonst oft gequält und gesucht klingt, sprudelte hier mit spielender Leichtigkeit und Laune. Der einstige Liebling des Lübecker Publikums wurde denn auch auf das herzlichste gefeiert. — Warme Anerkennung verdiente sich Fräulein Hedwig Heß (bisher am Landestheater Neustrelitz) als Marie: die junge, graziöse, darstellerisch und musikalisch zuverlässige Sängerin zeigte eine wohlklingende Stimme und frisch und neckisch zufassendes Temperament. Herr Karl Mannstaedt leitete die Oper mit sichtlichem Vergnügen.

H.

Marktberichte.

Getreide. Hamburg, 4. Februar. (Bericht des Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse.) Der Markt verlief heute in ruhiger Haltung, die zweite Hand war wieder mit Angebot in Markt, auch für die Russengerste. (Preise in Rentenmark per 1000 Kilo): Weizen 142—150, Roggen 124—130, Hafer 104—110, Gerste 144—154 ab inländ. Station einschl. Vorpommern, ausländ. Gerste 155—158, Mais 166—169 frei Kaiwaggon. Oelkuchen ruhig bei unveränderten Preisen.

Heu und Stroh. Hamburg, 4. Februar. Im Großhandel stellt sich der Preis für: Wiesenheu, lose auf 1,70 Mk., do. gepreßt auf 2,70 Mk.; Getreidestroh, gebündelt auf 0,75 Mk., do. gepreßt 0,90 Mk.; alles in Zentner in Rentenmark frei Waagon inländischer Verladestation, exkl. Deckenmiete. Tendenz: ruhig.

Henry Bahl
muß man als
Rentner Hansen
in
„Muschi"
gesehen haben.

Amtlicher Teil

Der Senat hat den Vizekonsul der Vereinigten Staaten von Amerika in Hamburg **R. Patterson** auch für das lübeckische Staatsgebiet anerkannt und zugelassen. (11566

Öffentliche Versteigerung

am **Donnerstag, dem 7. Februar,** 10 Uhr vorm. bei der Polizeistation von Travemünde:

1 Pfeilerspiegel mit Untersatz.

11609) **Gerichtsvollzieheramt Lübeck.**

Nichtamtlicher Teil

Tüchtige Eisen- und Holz-Bootbauer (11586

für Kleinschiff- und Yachtbau werden sofort bei hohem Verdienst eingestellt. Meldungen an

Deutsche Kleinschiff- u. Motorenbau A.-G. Berlin
Werk Ratheenow (Havel).

Tüchtige (11602
Stepperin
sofort gesucht.
Angebote unter Chiffre C. 651 an die Expedition dieses Blattes.

Deutscher Baugewerksbund

Nachruf.

Am 3. Februar starb unser Kollege

August Hamer,

Maurer

im Alter von 70 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Beerdigung Donnerstag, d. 7. Febr., 9½ Uhr, Burgtor-Friedhof. (11598

Der Vorstand.

Allen Teilnehmern bei dem Begräbnis unseres lieben Vaters, sowie den Inhabern, Angestellten und Arbeitern der Firma Bernhöft & Wilde sagen ihren herzlichen Dank. (11604

Die Hinterbliebenen.

Gesucht zu sofort oder zum 15. Februar ein (11585
Mädchen,
welches mit melken muß.
Frau **J. Schweim,**
Arfrade bei Lübeck.

Gesucht zu Ostern **Lehrling**
Wilh. Stache, Kolonialw.
Adolfstr. 7. (11591

Perfekte Stenotypistin
sucht Stellung z. 1. März Ang. u. C 650 a. d. Expedition d. Bl. (11592

Junge Frau sucht Reinmache- od. Waschstellen. Angeb. unt. **C 649** an die Exp. d. Bl. (11573

Junger Bäckergeselle sucht Stellung. (11600 Ang. u. H. W. Stavenstraße 10—12.

Junges kinderlos. Ehepaar sucht 1 oder 2 leere Zimmer zu mieten gegen gute Bezahl. Off. u **C 647** a. d. Exp. d. Bl. (11572

1 oder 2 leere Zimmer sofort gesucht. Angeb. u. **C 648** an die Exp. d. Bl. (11584

Zu verkaufen ein hübscher wachsamer Zwergpudel (weiß). (11581
Jul. Hartwig,
Warendorpstr. 52/54 III.

Zu verk. n. Gasherd. 11594) Hansastr. 44 pt.

Kinderwagen billig zu verkaufen. (11607
Steinrader Weg 9c.

Ein Paar H.-Arb.-Stiefel, Gr. 41 und eine Wringmaschine zu verk. 11593) Engelswisch 59.

Beilage zum „Lübecker Volksboten". Dienstag, den 5. Februar.

An die Lübecker Arbeitnehmer!

Arbeiter! Angestellte! Beamte!

„Ich möchte die Herren, die morgen ins Ministerium gehen, bitten, immer ganz kraß Nein zu sagen, sich auf keine Erörterungen im Detail einzulassen, vor allem zu diesem wichtigsten Punkt (Mitbestimmungsrecht der Arbeiter) offen zu erklären: **„Wir sind Herren im Hause und lassen die Arbeiter nicht hineinreden." Drücken Sie dem Minister da den Herrenstandpunkt ins Auge."**

Mit diesem Herrenbefehl schickte 1908 der Berggewaltige Uthemann seine Beauftragten zu der Regierung, um geplante Sicherungen für Leben und Gesundheit der Bergarbeiter zu hintertreiben.

Genau so macht es das Unternehmertum heute noch. Die Wirtschaftsgemeinschaft 1924, die Liste des Unternehmertums, kümmert sich nicht um Hunger und Not der Lübecker Arbeiter. Es

holt sich billige Arbeitskräfte von auswärts und sorgt damit für Brot und Arbeit, wie beim Volksentscheid versprochen!

Betrug statt Erfüllung der Versprechen! Mit diesen Scharfmachern

Arm in Arm geht der Sekretär des G. d. A.

(Gewerkschaftsbund der Angestellten.)

Angestellte erkennt, wie ihr verraten werdet! Der Kampf der **Thiel und Genossen,** den **Lewe** unterstützt, geht um die restlose Beseitigung aller sozialen Errungenschaften.

Jetzt oder nie! ist die Parole dieser Herren der Wirtschaftsgemeinschaft. **Und ein Angestellten — — vertreter bietet Hilfe!**

Fort mit dem Achtstundentag!
Fort mit den Lasten der Sozialgesetzgebung!
Fort mit den Tarifverträgen!
Fort mit der Erwerbslosenfürsorge!
Fort mit dem Schutz für Schwerbeschädigte!
Fort mit dem Betriebsrätegesetz!
Knebelung der Gewerkschaften!

Das ist das Programm der Wirtschaftsgemeinschaft 1924. Das wollen die

Thiel und Lewe.

Bis 17 Stunden wird bei der Firma Thiel gearbeitet. Brutale Strafen werden wegen geringer Versehen über Arbeiter verhängt.

Arbeiter, Angestellte, Beamte!
Arbeitnehmer Lübecks!

Dieser Wirtschaftsgemeinschaft Kampf auf Tod und Leben.

Wer sich ein menschenwürdiges Dasein erhalten und erkämpfen will, der reihe sich ein in die Schicksalsgemeinschaft aller **Ausgebeuteten und Entrechteten, der gebe seine Stimme am 10. Februar der Sozialdemokratie,**

der Liste 2 Gustav Ehlers.

Angesichts der ungeheuren Notlage eines großen Teiles des deutschen Volkes, angesichts der Millionen Erwerbsloser, Kurzarbeiter, Arbeits- und Kriegsinvaliden, Klein- und Altrentner und der Millionen darbender Kinder bedeutet das Verhalten der Arbeitgeber eine Provokation des deutschen Volkes!

Deutschland soll und muß gesunden.

Das ist auch der Wille der Gewerkschaften.

Aber Deutschland gesundet nicht unter den Methoden der Arbeitgeber, sondern nur mit einer arbeitsfähigen und arbeitsfreudigen Arbeitnehmerschaft. Das werden auch noch die Regierungs- und Unternehmerstellen erkennen, die es heute nicht wahr haben wollen.

Mit der Hunger- und Sklavenpeitsche schafft man keine Arbeitsfreudigkeit, sondern dumpfe Verzweiflung, die sich eines Tages sehr schmerzhaft für die Sklavenhalter entladen müßte.

Soweit sind wir aber noch nicht in Deutschland, wenn die Arbeiter aus der heutigen Not die richtige Lehre ziehen.

Was ist zu tun?

Die Arbeitnehmerschaft muß heraus aus den Verwirrungen und Verstimmungen, sie muß wieder den Weg zu sich selbst finden.

Selbstvertrauen und Vertrauen zu den Organisationen, kein Unmut, keine Unzufriedenheit darf die Kampfkraft der Gewerkschaften lähmen.

Nicht Ungerechtigkeit darf die Leistungen der Gewerkschaften herabsetzen.

Gemeinsam mit der politischen Vertretung der Arbeitnehmer,

der Sozialdemokratie,

ist versucht worden, das Los der Arbeitnehmer zu bessern.

Deshalb Treue um Treue.

Der Arbeitnehmerschaft wird nur geholfen, wenn sie sich selbst hilft, und die Selbsthilfe hat sie nur in und durch die Organisationen.

Weiter tut aber auch not, daß die Arbeitnehmer sich vor dem Gift der bürgerlichen Presse hüten. **In jedes Arbeitnehmers Haushalt gehört die Arbeiterpresse.**

Aber noch mehr tut not! Jeder Arbeiter, Angestellte und Beamte sollte daran denken, daß er bald wieder Gelegenheit hat, seine Stimme zur Bürgerschaftswahl abzugeben.

Laßt in diesem Jahre den Wahltag Zahltag sein und gebt nur den Kandidaten und der Partei eure Stimme, die sich verpflichten, die Forderungen der Gewerkschaften durchzuführen, und die gewillt ist, das Herrenmenschentum im Arbeitgeberlager in seine Schranken zurückzuverweisen.

Das Programm der Gewerkschaften ist:

Aufhebung des Ausnahmezustandes!
Wiederherstellung des Achtstundentages!
Unterbringung der Arbeitslosen!
Erhöhung der Löhne!
Sicherung der Rechte des Arbeiters im Betriebe!
Die Steuerlasten dem Besitzenden!
Behinderung des schematischen Personalabbaues!

Arbeiter, Angestellte und Beamte! Es lohnt sich fürwahr, für die Durchführung dieser Forderungen die Gewerkschaften zu stützen und zu stärken und in den Gewerkschaften dafür zu kämpfen!

Es ist Pflicht eines jeden, mit seiner ganzen Persönlichkeit für eine **starke sozialistische Mehrheit** in der künftigen Bürgerschaft zu wirken, für eine **Mehrheit,** die auch bereit ist

für die Durchführung der Forderungen der Gewerkschaften zu wirken.

Diese Partei ist die Sozialdemokratie!

Deshalb fordern wir euch alle auf, **Arbeiter, Angestellte und Beamte,** gebt am 10. Febuar eure Stimme der Sozialdemokratie,

der Liste 2: **Gustav Ehlers!**